

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen



Regierung muss endlich handeln statt ewig hinterherzuhinken

Beitrag von Pamela Rendi-Wagner, SPÖ-Bundespartei-vorsitzende

Während die SPÖ seit Monaten Lösungsvorschläge zur Bekämpfung der Teuerung vorlegt, hat die Regierung die Teuerung lange ignoriert. Obwohl immer mehr Menschen unter den hohen Preisen leiden, zögert und zaudert die Regierung weiter. Das ist gefährlich, denn Krisen wie die Rekordteuerung gefährden auch den sozialen Frieden und spielen radikalen Kräften in die Hände.

Österreich befindet sich in einer der schwierigsten Situationen der Zweiten Republik. Die Corona-Pandemie ist noch nicht vorbei. Die Folgen von Putins Angriffskrieg auf die Ukraine werden Europa und Österreich noch lange zu schaffen machen. Die Inflation steigt und steigt, die Teuerungskrise ist längst in der breiten Masse der Bevölkerung angekommen. Immer mehr Menschen geraten finanziell unter Druck und machen sich Sorgen, wie sie das Geld für das Notwendigste, für Nahrungsmittel, Heizen, Schulsachen und Kleidung aufbringen sollen.

Ein Blick zurück zeigt, wie wichtig es ist, in solchen Krisensituationen rasch und wirksam zu handeln. Denn es waren schon einmal eine ökonomische Krise und die damit in Verbindung stehenden sozialen Verwerfungen, die zu Faschismus und Nationalsozialismus geführt haben. Entscheidend ist es, den sozialen Frieden zu sichern, eine Spaltung der Gesellschaft zu verhindern und die Demokratie und ihre Grundwerte immer wieder aufs Neue zu verteidigen – denn sie sind nicht selbstverständlich.

Schnelle und wirksame Hilfe ist Gebot der Stunde

Der beste Schutz gegen rechtsradikale Tendenzen und rechtsextreme Umtriebe ist soziale Sicherheit und ein starker Sozialstaat. Umso alarmierender ist es daher, dass ein immer größer werdender Teil der



David Vlasovic

Gesellschaft bereits Richtung Armut abrutscht. Wie dringend hier Handlungsbedarf gegeben ist, zeigt sich daran, dass NGOs wie der Samariterbund einen rapiden Anstieg der Sozialmarkt-Kund*innen aufzeigen.

Allein zwischen Jahresanfang und Mitte August wurde ein Zuwachs um mehr als 30 Prozent festgestellt. Besonders betroffen sind Pensionist*innen, Alleinerziehende,

Arbeitslose und kinderreiche Familien.

Schnelle Hilfe ist hier das Gebot der Stunde. Doch mit dem sogenannten Antiteuerungs-Paket der Regierung, das diese nach langem Zögern und Zaudern präsentiert hat, sinken die Preise nicht. Alles bleibt teuer oder wird noch teurer. Einmalzahlungen sind nicht mehr als ein Tropfen auf dem heißen

Stein. Es wird nichts gegen die Teuerung unternommen. Auch die ungerechtfertigten Übergewinne der Energiekonzerne, der Profiteure der Krise, werden nicht abgeschöpft.

Die SPÖ hat bereits Anfang Oktober letzten Jahres konkrete Vorschläge zur Bekämpfung der Teuerung auf den Tisch gelegt und macht seit vielen Monaten Druck für eine sofortige Teuerungsbremse. Neben sozialpolitischen Maßnahmen, die die Kaufkraft stärken und Armut verhindern sollen – etwa eine wirksame Pensionserhöhung – braucht es Maßnahmen, die die Preise gezielt senken und die Inflation damit dämpfen. Denn die Inflation ist kein Naturereignis, dem man hilflos ausgesetzt ist. Das 5-Punkte-Gesamtpaket zur Preissenkung, das die SPÖ vorgeschlagen hat, umfasst u.a. einen Strom- und Gaspreisdeckel, das Einfrieren der Richtwert- und Kategoriemieten bis 2025 und das Aussetzen der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel und Energie. Auch der Ökonom und Finanzmarktexperte Ewald Nowotny unterstreicht die Wichtigkeit dieser Maßnahmen, die schnell und unbürokratisch helfen würden.

Entscheidend ist, dass diese Regierung endlich ins Tun kommt. Es versteht sich von selbst, dass die Sozialdemokratie nicht müde werden wird, die für unsere Gesellschaft, die Demokratie und den sozialen Zusammenhalt und Frieden so wichtigen Maßnahmen gegen die Teuerung nachdrücklich einzufordern.

Pamela Rendi-Wagner ■

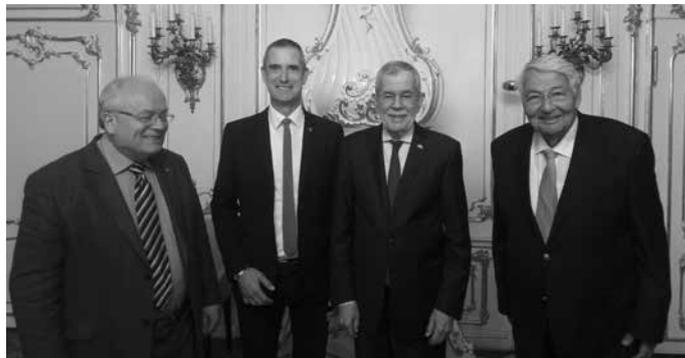


9. Oktober 2022: Du hast die Wahl

Jede Wahl ist etwas Besonderes, die heurige Bundespräsidentenwahl ist aber speziell. Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe standen noch nicht alle Kandidaten fest. Man wusste vorab, dass SPÖ, ÖVP und NEOS niemanden ins Rennen gegen den Amtsinhaber schicken würden (der schon 2016 als Parteionabhängiger in die Wahl zog, aber als früherer Parteichef von den Grünen kräftig unterstützt wurde). Die FPÖ nominierte Walter Rosenkranz, der mehrere Konkurrenten im rechten Spektrum bekommt. Dominik Wlczany (vulgo Marco Pogo) ist schwer einzuordnen. Die SPÖ legt gegenüber Amtsinhaber Alexander Van der Bellen Zurückhaltung an den Tag; man wünscht und hofft, dass er im Amt bleibt, ringt sich jedoch nicht durch, zu seiner Wahl aufzurufen. Konsequenz in Konsequenz.

Wahrscheinlich ist, dass der freiheitliche Kandidat die zweitmeisten Stimmen erhalten wird. Walter Rosenkranz – mit der früheren freiheitlichen Präsidentschaftskandidatin Barbara Rosenkranz nicht verwandt – repräsentiert das deutschnational-akademische Kernmilieu der FPÖ. Diesem ist er u. a. als Mitglied einer Burschenschaft (Libertas Wien), einer schlagenden Schülerverbindung (Jungmannschaft Kremser Mittelschüler Rugia) und Vorstandsmitglied des Freiheitlichen Akademikerverbands für Wien, Niederösterreich und das Burgenland verbunden. Das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands hat Walter Rosenkranz' politische Positionen analysiert (www.doew.at). Er präsentiert sich als Angebot an bürgerliche WählerInnen und ist doch ein eindeutiger Rechter.

Man kann einzelne Handlungen und Positionen von Alexander Van der Bellen in seiner ersten Amtszeit als Bundespräsident kritisieren und muss nicht mit allem einverstanden sein. Und man sollte die politischen Positi-



FreiheitskämpferInnen

Am 16. Jänner 2020 empfing der Bundespräsident die Vertreter der Arge der NS-Opferverbände und Widerstandskämpfer/innen Österreichs in der Hofburg (v. l. Friedl Garscha, Gerald Netzl, Alexander Van der Bellen und Gerhard Kastelic)

onen der Bewerber anschauen. Wir haben den Bundespräsidenten als aufrechten Antifaschisten und Demokraten kennengelernt – ein guter Grund ihm die Stimme zu geben!

Die Wahl von Alexander Van der Bellen für weitere sechs Jahre ist die beste Wahl, deshalb rufen wir unsere Mitglieder (und nicht nur diese!) auf, am 9. Oktober Alexander Van der Bellen zu wählen! **Gerald Netzl** ■

Gedenkstein für Hanna Sturm

Auf Initiative der SPÖ Frauen Burgenland in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Klingenbach wurde der Widerstandskämpferin Hanna Sturm in ihrem Geburtsort nun ein Denkmal gesetzt. „Ihren 130. Geburtstag am 28. Februar 2021 nahmen wir zum Anlass, ihren Kampf gegen Faschismus und Nationalsozialismus zu würdigen. Sie war und ist Vorbild mit ihrem Tun“, so Landesfrauenvorsitzende Astrid Eisenkopf zur Idee, Hanna Sturm ein Denkmal zu setzen. Die Einweihung des Gedenksteines musste aufgrund der Corona-Pandemie verschoben werden. Dieser wurde am 27.

Mai 2022 im Beisein von Wegbegleiterin Käthe Sasso feierlich enthüllt. Hanna Sturm war Burgenlandkroatin, wurde 1891 in Klingenbach geboren und wuchs in ärmlichen Verhältnissen auf. Mit 14 Jahren leitete sie ihren ersten Streik, verlor dadurch ihren Arbeitsplatz, zog wenig später nach Wien. Sie tritt der Gewerkschaft bei und wird kurze Zeit später auch Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. In Neufeld an der Leitha wird sie als Betriebsrätin tätig. Nach dem Parteiausschluss tritt sie der Kommunistischen Partei bei. Für ihr politisches Engagement wird sie 1938

verhaftet und in die Konzentrationslager Lichtenburg und Ravensbrück deportiert. Dort trifft sie auch auf Käthe Sasso. „Ich habe sie gefunden, konnte sie auch treffen. Wir sind dann nicht nur zwei kroatische Freundinnen geworden, sondern wir waren wie Schwestern“, so Widerstandskämpferin und Zeitzeugin Käthe Sasso. Hanna Sturm überlebte und war nach dem Krieg wichtige Kronzeugin in mehreren Kriegsverbrecherprozessen. 1984 verstarb Hanna Sturm in Zagreb, ihre Grabstätte befindet sich in Neufeld an der Leitha.

Gabi Tremmel-Yakali ■



Die Freiheitskämpferinnen Hannelore Wallner, Susanna Steiger-Moser und LAbg. a.D. Gertrude Spieß bei der feierlichen Enthüllung des Gedenksteins in Klingenbach.

DVD-Tipp: „Hanna i Käthe“ - Dvi Hrvaticе u otporu / Zwei Burgenlandkroatinen im Widerstand. Eine zweisprachige Eigenproduktion der KUGA / dvojezična produkcija KUGE.



Schöner Wohnen im Roten Wien

Um 1900 lebt die Mehrheit der Wiener Bevölkerung auf Zimmer und Küche. In diesen Kleinstwohnungen hausen in der Regel sechs und mehr Menschen, in über einem Viertel der Arbeiterhaushalte auch UntermieterInnen und sogenannte Bettgeher.

„Die Überfüllung der Wohnungen ist die schlimmste Gefahr für die Volksgesundheit, die Quelle der ungeheuren Verbreitung der Tuberkulose, der Verwahrlosung der Jugend, der Zerrüttung des Familienlebens“, beklagt Otto Bauer 1919. Die berüchtigten „Gangküchenwohnungen“ haben weder Wasser noch Strom, und die gemeinschaftlichen Abortanlagen, „welche für je zwei Parteien gemeinsam sind und der Wasserspülung entbehren“, befinden sich ebenfalls am Gang – ein „ebenso widerlicher Anblick als auch gesundheitsschädlicher Zustand“.

(Das Neue Wien, 1927).

Nach dem fulminanten Wahlsieg bei der Wiener Gemeinderatswahl vom 4. Mai 1919 kann die Sozialdemokratische Arbeiterpartei mit ihrem Reformwerk beginnen. Zur Finanzierung der ambitionierten Wohnbaupläne führt Finanzstadtrat Hugo Breitner eine Mietzinsabgabe ein, die 1923 in eine zweckgebundene Wohnbausteuer umgewandelt wird.

Ein transparentes „Punktsystem“ teilt die WohnungswerberInnen in Dringlichkeitsstufen ein. „Die Heimatzuständigkeit nach Wien“ bringt zwei Punkte, jedes Kind über 14 Jahre ebenso. Eine Schwerinvalidität – in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg keine Seltenheit – wie der „Mangel beider Beine“ wird mit fünf Punkten bewertet.

1923 beschließt der Wiener Gemeinderat ein erstes Wohnbauprogramm, 1927 folgt ein zweites. „Bis zum Jahre 1932 wird die Gemeinde rund 65.000 neue Wohnungen besitzen“, kündigt Stadtrat Anton Weber an. Und tatsächlich: Am Ende der Ersten Republik wohnt jeder zehnte Wiener, jede zehnte Wienerin in einer Gemeindebauwohnung.

Zimmer – Küche – Kabinett

Die Wohnungen des ersten Wohnbauprogramms messen im Durchschnitt zwischen 38 und 48 Quadratmetern, ab 1927 plant die Stadt auch größere Einheiten. Alle Wohnungen verfügen über Aborte mit Wasserspülung, in den Küchen sind Gasherde und Wasserausläufe montiert, in sämtliche Räume ist elektrischer Strom eingeleitet.

„Der Proletarier verbringt nahezu sein ganzes Leben in der Küche“, weiß der Stadtrat für Technische Angelegenheiten Franz Siegel, weshalb die Gemeinde zunächst Wohnküchen als zentrale Aufenthaltsräume der Familie vorsieht. Mit den Jahren werden die Wohnungsgrundrisse größer und ermöglichen die räumliche Trennung von Wohnen und Kochen. Die Gemeinde geht zunehmend von der Wohnküche zur reinen Koch- oder



Interieur einer Gemeindebauwohnung aus 1928

„Arbeitsküche“ über. „Die Küche“, erklärt der Architekt Otto Polak-Hellwig, „ist ein Arbeitsraum – Geräumigkeit muß mit tausend Extraschritten bezahlt werden.“

Die „unmittelbare Beaufsichtigung“

Auch Wohnen muss gelernt werden. Wer das Glück hat, eine der begehrten Wohnungen der Gemeinde Wien zu ergattern, wird rundum umsorgt, aber auch belehrt und ermahnt. Unzählige Publikationen widmen sich der „Erziehung zum Wohnen“. So richtet der Magistrat „ein paar Worte an die Hausfrau“, und die „Hausordnung für die Wohnhausbauten der Gemeinde Wien“ umfasst nicht weniger als 29 Paragraphen. Sie sollen für Ordnung und ein geregeltes Zusammenleben sorgen.

Überwacht wird die Einhaltung der Vorschriften von den Hausmeistern und Wohnungsinspektoren.

Diese sind verpflichtet, „das ganze Haus und jede einzelne Wohnung regelmäßig zu besuchen und sich von der sachgemäßen Benützung zu überzeugen“, so Stadtrat Hugo Breitner. „Im allgemeinen verboten“ sind zum Beispiel Haustiere wie Hunde und Katzen. Das Halten von „Ziegen, Hasen, Geflügel u. dgl. ist auf keinen Fall gestattet.“

Die „Stadt in der Stadt“

Was den Wiener Gemeindebau aber vor allem auszeichnet, ist die umfassende Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner mit Infrastruktureinrichtungen. In Wohnhausanlagen mit über 400 Wohnungen werden zentrale Dampfwaschereien eingerichtet, denen meist Badeanlagen angeschlossen sind. In vielen Gemeindebauten gibt es Veranstaltungssäle, die für Vorträge oder Filmvorführungen genutzt werden. Zur „Grundausstattung“ der großen „Superblocks“ gehören außerdem Kindergärten, Jugendhorte, Mutterberatungsstellen, Krankenkassenambulatorien, Schulzahnkliniken oder Arbeiterbüchereien. Und zur Bekämpfung der Volksseuche TBC errichtet das Rote Wien ein dichtes Netz an Tuberkulosenfürsorgestellen. 1932 gibt es bereits 25 solcher Stellen, die zumeist in Gemeindebauten untergebracht sind.

Sportliche Ertüchtigung ermöglichen die städtischen Spiel- und Sportplätze; in einigen Gemeindebauten befinden sich sogar Kinderfreibäder und Turnsäle. „Die Arbeitersportbewegung, die der Volksgesundheit dient“, so Robert Danneberg, „leistet Erziehungsarbeit für den Sozialismus“.

Lilli Bauer und Werner T. Bauer ■

Unsterbliche Opfer

Im „Kämpfer“ 2/2022 berichtete Gen. Anton Bergauer vom Beginn der Hinrichtungen in großem Umfang in Wien 1942. In dieser Ausgabe bringen wir die Namen aller 1942 in Wien Hingerichteten, die meisten - aber nicht alle - sind in der Gruppe 40 am Wiener Zentralfriedhof begraben. Die überwiegende Mehrzahl der Opfer wurde wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verurteilt. Wir werden Sie niemals vergessen!



GTeandl Netz

Andersch Josef (geb. 3.12.1903), Schlossergehilfe, hingerichtet 18.11.1942
 Angel Karl (geb. 11.4.1912), Tischlergehilfe, hingerichtet 18.11.1942
 Antl Paul (geb. 18.3.1877), Hilfsarbeiter, hingerichtet 10.11.1942
 Balaskovits Johann (geb. 11.10.1894), Schneider, hingerichtet 18.12.1942
 Balogh Michael (geb. 14.2.1887), Hilfsarbeiter, hingerichtet 18.12.1942
 Badstöber Rudolf (geb. 3.2.1908), Metallarbeiter, hingerichtet 18.11.1942
 Böhm Ferdinand (geb. 18.8.1897), Mauergehilfe, hingerichtet 10.11.1942
 Brunner Samuel (geb. 22.6.1902), Rauchfangkehrer, hingerichtet 10.12.1942
 Büchler Max (geb. 7.5.1915), Elektrotechniker, hingerichtet 10.11.1942
 Cevela Bernhard (geb. 13.1.1907), Landarbeiter, hingerichtet 18.12.1942
 Doff Jakob (geb. 2.7.1909), Bergarbeiter, hingerichtet 2.12.1942
 Drews Karl (geb. 20.10.1901), Theaterregisseur, hingerichtet 7.10.1942
 Duba Rudolf (geb. 15.4.1903), Bahnschaffner, hingerichtet 2.12.1942
 Essmann Michael (geb. 28.11.1896), Zugschaffner, hingerichtet 30.6.1942
 Fabian Ludwig (geb. 3.8.1900), Bergarbeiter, hingerichtet 18.12.1942
 Fey Emil (geb. 27.12.1888), Sprachlehrer, hingerichtet 11.9.1942
 Fischer Leopold (geb. 23.2.1900), Amtsdiener, hingerichtet 10.11.1942
 Friesl Herman (geb. 10.3.1908), Drehergehilfe, hingerichtet 10.12.1942
 Futterer Alois (geb. 20.5.1900), Bahnangestellter, hingerichtet 25.11.1942
 Ganzger Josef (geb. 2.3.1895), Bergmann, hingerichtet 30.9.1942
 Gellinek Julius (geb. 22.1.1901), Bergmann, hingerichtet 7.10.1942
 Glötzl Franz (geb. 13.10.1910), Bergmann, hingerichtet 18.12.1942
 Goldhammer Alfred (geb. 27.1.1907), Gerbermeister, hingerichtet 10.11.1942
 Göttinger Richard (geb. 24.3.1902), Ober-Bahnwart, hingerichtet 30.6.1942
 Grafe Dr. Felix (geb. 9.7.1888), Kunsthistoriker, hingerichtet 18.12.1942



Grünzweig Rupert (geb. 14.9.1883), Federschmied, hingerichtet 18.12.1942
Haas Michael (geb. 7.1.1906), Maschinenschlosser, hingerichtet 10.12.1942
Hagen Johann (geb. 2.11.1909), Koch, Wärter, hingerichtet 10.11.1942
Hager Franz (geb. 19.5.1871), Schriftsteller, hingerichtet 30.9.1942
Halbwachs Michael (geb. 27.4.1908), Tuchmacher, hingerichtet 10.12.1942
Hlobil Rudolf (geb. 19.5.1908), Maschinist, hingerichtet 18.11.1942
Hodac Karl (geb. 12.12.1901), Kellner, Buchdrucker, hingerichtet 10.12.1942
Höferrig Ludwig (geb. 13.8.1902), Reichsbahner, hingerichtet 30.6.1942
Hoffmann Hans (geb. 4.12.1885), Tischlergehilfe, hingerichtet 30.9.1942
Hojdn Johann (geb. 10.12.1894), Weber, hingerichtet 10.11.1942
Jandl Johann (geb. 31.3.1903), Oberbauarbeiter, hingerichtet 30.9.1942
Jarosch Franz (geb. 4.6.1903), Sanitätsgehilfe, hingerichtet 18.11.1942
Kaiser Albin (geb. 1.3.1895), Bauarbeiter, hingerichtet 30.9.1942
Kaniker Wenzel (geb. 21.3.1922), Eisengießer, hingerichtet 10.12.1942
Kapovits Johann (geb. 24.4.1884), Eisenhobler, hingerichtet 10.11.1942
Kilzer Karl (geb. 11.6.1886), Schuhmachergehilfe, hingerichtet 30.9.1942
Kis Emmerich (geb. 28.12.1897), Rauchfangkehrer, hingerichtet 18.12.1942
Klest Matthäus (geb. 1.4.1903), Telegraphenangestellter, hingerichtet 25.11.1942
König Johann (geb. 17.10.1900), Zugführer, hingerichtet 30.6.1942
Krepek Franz (geb. 4.5.1912), Bergmann, hingerichtet 7.10.1942
Kuchler Josef (geb. 7.8.1908), Zugführer, hingerichtet 30.6.1942
Lang Josef (geb. 4.1.1901), Zugführer, hingerichtet 2.12.1942
Leeb Leopold (geb. 30.7.1893), Zugführer, hingerichtet 28.10.1942
Machatz Josef (geb. 20.3.1924), Privatbeamter, hingerichtet 10.12.1942
Marko Hermann (geb. 22.3.1898), Möbeltischler, hingerichtet 18.11.1942
Matuska Franz (geb. 8.1.1898), Automechaniker, hingerichtet 18.12.1942
Mikes Adolfine (geb. 10.9.1903), Haushalt, hingerichtet 2.12.1942
Mikes Robert (geb. 9.10.1888), Maschinist, hingerichtet 18.12.1942
Mikeschka Otto (geb. 30.8.1904), Handelsangestellter, hingerichtet 10.12.1942
Mittendorfer Franz (geb. 1.7.1909), Schneider, hingerichtet 10.11.1942
Morth Andreas (geb. 16.11.1902), Maschinenarbeiter, hingerichtet 10.11.1942
Mück Antonie (geb. 4.6.1912), Sortiererin, hingerichtet 10.11.1942
Novy August (geb. 20.7.1899), Bahnangestellter, hingerichtet 2.12.1942
Pajk Franz (geb. 29.7.1900), Bergmann, hingerichtet 7.10.1942
Pelzmann Alois (geb. 13.4.1894), landwirtschaftlicher Arbeiter, hingerichtet 18.12.1942
Peschek Max (geb. 19.10.1886), Schildermaler, hingerichtet 18.12.1942
Pfeiffer Felix (geb. 3.10.1904), kaufmännischer Angestellter, hingerichtet 10.11.1942
Pirringer Ignaz (geb. 22.6.1891), Maschinist, hingerichtet 10.12.1942
Platzer Ferdinand (geb. 25.3.1906), Elektriker, hingerichtet 18.12.1942
Repaler Franz (geb. 19.8.1910), Lokomotivheizer, hingerichtet 23.10.1942
Roth Anton (geb. 3.7.1912), Hilfsarbeiter, hingerichtet 18.12.1942
Schädler Anton (geb. 23.9.1892), Lackierergehilfe, hingerichtet 10.11.1942
Schiffmann Josef (geb. 10.2.1900), Schlossergehilfe, hingerichtet 28.10.1942
Schlömmer Peter (geb. 19.6.1900), Zugschaffner, hingerichtet 30.6.1942
Schmied Wenzel (geb. 11.4.1894), Schmiedegehilfe, hingerichtet 18.12.1942
Schneider Hedwig (geb. 28.8.1910), Haushalt, hingerichtet 2.12.1942
Schneider Johann (geb. 10.12.1909), Anstreicher, hingerichtet 2.12.1942
Scholle Franz (geb. 25.8.1904), Signalmeister, hingerichtet 25.11.1942
Schrausser Othmar (geb. 26.10.1906), Hauptschullehrer, hingerichtet 2.12.1942
Sebesta Johann (geb. 25.12.1900), Bankangestellter, hingerichtet 10.12.1942
Stelzel Franz (geb. 7.10.1903), Maschinenschlosser, hingerichtet 10.11.1942
Steurer Josef (geb. 21.7.1906), Elektromechaniker, hingerichtet 25.11.1942
Strasser Ferdinand (geb. 3.4.1901), Buchhalter, hingerichtet 30.9.1942
Straubinger Josef (geb. 19.4.1903), Zugschaffner, hingerichtet 30.6.1942
Strömer Anton (geb. 15.10.1900), Metallarbeiter, hingerichtet 18.12.1942
Stumpacher Johann (geb. 21.5.1899), Zuckerbäckergehilfe, hingerichtet 18.11.1942
Suppan Viktor (geb. 8.8.1904), Buchhalter, hingerichtet 7.10.1942
Svobodnik Alfred (geb. 4.1.1905), Elektromonteur, hingerichtet 10.11.1942
Tastl Franz (geb. 19.10.1900), Kellner, hingerichtet 18.12.1942
Tripolt Johann (geb. 18.7.1909), Bergmann, hingerichtet 7.10.1942
Ungar Johann (geb. 18.10.1901), Fabrikarbeiter, hingerichtet 7.10.1942
Unterecker Johann (geb. 20.10.1894), Maurer, hingerichtet 18.12.1942
Unterberger Rudolf (geb. 14.4.1901), Bahnschaffner, hingerichtet 2.12.1942
Wachter Kajetan (geb. 24.6.1907), Schmiedegehilfe, hingerichtet 2.12.1942
Waste Andreas (geb. 30.11.1903), Zugschaffner, hingerichtet 30.6.1942
Weiss Dr. Franz (geb. 18.4.1902), Angestellter der Reichsstatthalterei, hingerichtet 7.10.1942
Weinhofer Franz (geb. 31.1.1909), Tischler, hingerichtet 28.10.1942
Zach Franz (geb. 30.1.1908), Automechaniker, hingerichtet 18.12.1942
Zeller Franz (geb. 31.10.1900), Hilfsarbeiter, hingerichtet 30.9.1942
Zimmermann Karl (geb. 3.11.1910), Zugschaffner, hingerichtet 30.6.1942
Zitter Max (geb. 7.8.1901), Zugführer, hingerichtet 30.6.1942
Quelle: http://www.nachkriegsjustiz.at/vgew/1080_landesgerichtweihestaette.php



Ein Arbeiterdichterabend

senden Stimmungszauber echterster

Am 8. Dezember 1933 fand im „Volkshaus Neubau“ in Wien ein literarischer Abend statt. Auf Einladung der „Sozialistischen Jungfront“ und der sozialistischen Studenten lasen die vier Mitglieder der „Vereinigung sozialistischer Schriftsteller“ (VsS) Klara Blum, Karl Schneller, Willy Miksch und Adolf Unger aus ihren neuesten Arbeiten.

Schon 1926 hatten die SozialdemokratInnen in Wien Neubau das Haus in der Zieglergasse 9 erworben und vom Architekten Bruno Richter zum Kulturzentrum „Volkshaus Neubau“ ausbauen lassen. Der große Vortragssaal, auch Roter Saal genannt, bot 200 ZuschauerInnen Platz. Die Wände und Stühle im Haus waren in den Farben rot, grün und orange gestrichen. Zur Verfügung stand eine Bibliothek mit 3.000 Bänden. Das Kulturzentrum war „alkoholfrei“, weshalb der „Arbeiterabstinenzbund“ regelmäßig Konferenzen abhielt. In erster Linie fanden jedoch Kulturveranstaltungen statt. Jeden Montag wurde z.B. ein Frauenabend mit künstlerischen Vorträgen organisiert. Sonntag Vormittags bot die „Sozialdemokratische Kunststelle“ Kurse u.a. zu moderner Musik an. An den Abenden gab es Kinovorführungen, öffentliche Proben der Arbeitersymphonie, Vorträge, Lesungen.

Am 13. Dezember 1933 berichtete Alfred Apsler in der Arbeiter-Zeitung von dem fünf Tage zuvor stattgefunden habenden „Arbeiterdichterabend“ mit den LyrikerInnen Klara Blum, Karl Schneller, Willy Miksch und Adolf Unger.

„Man war kaum erstaunt, zu vernennen, daß die Enttäuschungen und Verwundungen, die das Proletariat in den abgelaufenen Tagen und Monaten erlitten hat, zum wichtigsten [...] Thema [...] geworden sind“, schrieb Apsler, selbst Mitglied der VsS. Apsler war Historiker, Lehrer und engagiert in der Volksbildung und der sozialdemokratischen Jugendbewegung. Vielleicht berichtete er auch deshalb von diesem u.a. von der „Jungfront“ organisierten Abend. Denn der Gründer und Leiter der unter den Jungen beliebten „Linksoption“ in der Partei war Ernst Fischer, zu diesem Zeitpunkt ein wichtiger Feuilletonredakteur der



Adolf Unger

Arbeiter-Zeitung und ebenfalls Mitglied der VsS.

Adolf Apsler sparte in seinem Bericht nicht mit Kritik. Willy Miksch empfahl er, dass er sich vor „einem allzu billigen Abgleiten in rasseldes phrasenhaftes Gedröhn in acht nehmen muss“ und Adolf Unger, dass er sich nicht „einem heute schon veralteten Expressionismus“ ergeben soll. Klara Blum sei zwar eine „sprachgewandte Dichterin“, ihre Lyrik besitze jedoch „einen lehrhaften Zug“. Karl Schneller bot mit seinen kurzen Gedichten die „reifste Leistung“, „die den schwer in schildernde Worte zu fas-



Karl Schneller



Klara Blum

Lyrik ausstrahlen.“

Der gelernte Schriftsetzer Willy Miksch war berühmt für seine unzähligen Sprechchorwerke. Nach dem Ende der Republik konnte er bis 1936 nur dank Viktor Matejka schriftstellerisch tätig sein. Es folgten innere Emigration, Kriegsdienst als Sanitäter, Kriegsgefangenschaft. Erst nach 1945 konnte er wieder publizieren. Willy Miksch starb 1992 in Wien. Der Schuster-geselle Adolf Unger, der die Krisenjahre als Hilfsarbeiter durchlebt hatte, veröffentlichte 1933 seinen ersten Gedichtband „Im Trott“. Auch von ihm konnten nach 1934 nur dank Viktor Matejka zwei Lyrikbände erscheinen. Die Nazis ermordeten den Dichter 1942 in Auschwitz. Die Journalistin der Arbeiter-Zeitung Klara Blum verließ 1934 Österreich. Sie lebte bis 1945 in Moskau und kam 1947 nach China, wo sie unter dem Namen Zhū Bǎilán eine angesehene Schriftstellerin und Universitätsprofessorin wurde.

Karl Schnellers Berufsleben war auf den ersten Blick kaum mit der ArbeiterInnenbewegung oder einem Dichterleben vereinbar, war er doch von Beruf General. Generalstabschef vor 1918, Berater Karl Renners bei den Friedensverhandlungen von St. Germain, half er mit, die Volkwehr der Ersten



Willy Miksch

Republik aufzubauen. 1924, die Armee hieß inzwischen Bundesheer, wurde er vom rechten Minister Carl Vaugoin in den Ruhestand versetzt. Der langjährige Anhänger der Sozialdemokratie Schneller konnte sich dafür nun zur Gänze der Lyrik widmen. Im Februar 1934 wurde er verhaftet. Im Anhaltelager Wöllersdorf verfasste er Sonette, welche er auswendig lernen musste, da man ihm Papier und Stift verweigerte. Bruno Kreisky nannte Karl Schneller, der 1942 in Wien an den Folgen von Parkinson starb, einen „feinsinnigen Menschen und großen Pazifisten“.

Zu Unrecht sind die LyrikerInnen des 8. Dezember 1933 und ihre schriftstellerischen Arbeiten heute den meisten ÖsterreicherInnen unbekannt. Es gibt auch kaum ein Wissen und Bewusstsein um die Verdienste des „Volkshauses Neubau“, das nur einige Monate nach dem „Arbeiterdichterabend“ von der Heimwehr besetzt, ausgeräumt und weiterverkauft wurde.

Alexander Emanuely ■



Heinrich Steinitz – unvergessen!

Heinrich Steinitz wurde am 30. August 1879 in Bielitz, im heutigen Polen, als Sohn des angesehenen Arztes Dr. Gustav Steinitz und seiner Frau Hermine geboren. 1897 begann er sein Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Wien, 1902 promovierte er zum Dr. jur. 1910 legte er die Advokatenprüfung ab und wurde in die Liste der Rechtsanwälte eingetragen. Zunächst war er für kurze Zeit Richter, dann Anwalt. In den politischen Prozessen nach 1934 sollte er viele SozialistInnen vor Gericht vertreten.

Mit seiner Gattin Meta (geb. 1890) hatte er vier Kinder: Tochter Lisbeth kam 1911 zur Welt, Anna 1914, Karl Heinrich 1916 und Brigitte 1919. Die Familie wohnte im 13. Bezirk, St.-Veit-Gasse 7, die Rechtsanwaltskanzlei befand sich im selben Bezirk, in der Nisselgasse 2 (der nördlich des Wien-Flusses gelegene Teil von Hietzing wurde erst 1938 abgespalten und zum 14. Bezirk Penzing).

Jurist, Feingeist, Sozialdemokrat

Im Ersten Weltkrieg geriet Steinitz 1916 an der Ostfront in Kriegsgefangenschaft. 1918 gelang es ihm, über Schweden aus der Kriegsgefangenschaft zu flüchten. Wieder zurück in Wien, schloss er sich der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei an. Er wurde Sektionsleiter der Sektion 2 der Hietzinger Bezirksorganisation und Obmann des Bezirksbildungsausschusses. Im Arbeiterrat stieg er zum führenden Gremium, dem Reichsarbeiterat auf. Er publizierte Beiträge in der sozialdemokratischen Presse zu Rechtsfragen. Mit den Mitgliedern der Sozialistischen Bildungszentrale machte Steinitz im Juli 1930 eine Bildungsreise in die USA. Er war eines der Gründungsmitglieder der „Vereinigung sozialistischer Schriftsteller“ und wurde deren Schriftführer. 1933 wurde der von Steinitz für den 20. Todestag von August Bebel († 13. August 1913) verfasste Hymnus „Das Spiel um August Bebel“ mit mehr als tausend Mitwirkenden aufgeführt. Die Familie Steinitz führte ein offenes Haus. Jeden Freitagabend traf sich dort ein großer Freundeskreis von bildenden Künstlern, wie der Maler Georg Merkl, und Schriftstellern, wie Luitpold Stern, Rudolf Brunngraber, Oscar Maria Graf, Hans Leifhelm, Ernst Waldinger. Ab 1934 zählte auch eine Reihe von sozialdemokratischen PolitikerInnen, u.a. Otto und Käthe Leichter, Oscar und Marianne Pollak, Jaques Hannak, Frieda Nödl und Rosa Jochmann zu den „Freitag-Abend-Gästen“.

Meta Steinitz leitete bis 1934 eine Arbeiterbücherei in Hietzing. 1934 erwarb Steinitz gemeinsam mit Rudolf Neuhaus und Dr. Schmelz die Buchhandlung „Bukum“ im 1. Bezirk, Bauernmarkt 3, seine Frau Meta übernahm auch deren Leitung. Die Buchhandlung wurde für einige Monate ein wichtiger konspirativer Treffpunkt für die Revolutionären Sozialisten.

Anwalt unserer GenossInnen

Nach der Zerschlagung der SDAP im Februar 1934 wurde Steinitz zum wichtigsten Rechtsbeistand der politischen Gefangenen, darunter Hauptmann Rudolf Löw im Schutzbundprozess 1935. Im Sozialistenprozess 1936 verteidigte er Karl Hans Sailer, Johann Kratky, Lily Fulda und Josef Wacke. Seine Wohnung in Hietzing wurde zu einem Treffpunkt des sozialistischen Widerstandes.

Unmittelbar nach dem „Anschluss“, am 14. März 1938, wurde Steinitz von der Gestapo verhaftet und am 25. Mai in das KZ Dachau verschleppt. Am 10. Oktober 1938 wurde er in das KZ Buchenwald gebracht, am 20. Oktober 1942 nach Auschwitz. Jaques Hannak und Erich Fein, Mitgefangene von Steinitz, berichteten, dass er in Dachau und Buchenwald Gedichte verfasst hat. Benedikt Kautsky, ein Mithäftling von ihm in Auschwitz, berichtete von der „Selektion“ der Gefangenen nach ihrer Ankunft in Auschwitz. Heinrich Steinitz gehörte zu denen, die wegen ihres Alters ausgeschieden wurden. Noch am Nachmittag des 20. Oktober 1942 marschierten diese nach Birkenau, wo sie ermordet wurden.



Sammlung Gedenkstätte Buchenwald

Heinrich Steinitz

Meta Steinitz konnte 1938 in die Schweiz flüchten. Nach ihrer Rückkehr 1947 wurde sie Mitarbeiterin bei der Wiener Städtischen Bücherei. Sie starb 1974. Auch die Kinder von Steinitz konnten flüchten. Seine Mutter Hermine, 84-jährig, wurde deportiert und kam um.

In der Auhofstraße 6 wurde 1955 ein Gemeindebau nach ihm benannt. Eine am Steinitzhof angebrachte Gedenktafel würdigt ihn als „Anwalt vieler Verfolgter“.

Herbert Exenberger (†)
auf der Website der Theodor Kramer-Gesellschaft ■



Gedenkstätte Münchner Platz

Dresden war in der Nazizeit Standort einer Guillotine. Seit zehn Jahren gibt es in der Gedenkstätte Münchner Platz eine Dauerausstellung zur Geschichte der politischen Justiz in Dresden. Gerald Netzl hat sie besichtigt.

Die Gedenkstätte Münchner Platz Dresden wurde an einem 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte, eröffnet. Sie zeigt eine Dauerausstellung mit dem Titel „Verurteilt. Inhaftiert. Hingerichtet. Politische Justiz in Dresden 1933-1945 // 1945-1957“. Die Ausstellung thematisiert die nationalsozialistische Strafjustiz in Dresden, die Militärjustiz der sowjetischen Besatzungsmacht (1945-1950) und die Strafjustiz in der Sowjetischen Besatzungszone („SBZ“) und frühen DDR (1945-1957). Außerdem wird die Geschichte der Gedenkstätte selbst behandelt, die 1959 hier eingerichtet wurde. Ziel der 2012 neu gestalteten Dauerausstellung ist sowohl die ganze Bandbreite der Verfolgung während des Nationalsozialismus darzustellen, als auch die lange verschwiegene Weiternutzung des Ortes während der sowjetischen Besatzungszeit und der frühen DDR. Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen ausgewählte Schicksale von Menschen verschiedener Opfergruppen und der drei Verfolgungsperioden. Der Schwerpunkt liegt auf 1933-1945.

Die vom Bund und dem Land Sachsen finanzierte Ausstellung besteht aus über 700 Exponaten (Fotos, Zeichnungen, Objekten und Dokumenten). Diese wurden von Archiven und Museen, aber vor allem von zahlreichen ehemaligen Justizopfern, Angehörigen und Nachfahren zur Verfügung gestellt. Überlebende ZeitzeugInnen aus Sachsen, Tschechien und Polen erzählen in Medienstationen von ihren Erlebnissen.

Nazi-Justiz

Bald nach der Machtübergabe am 30. Jänner 1933 wurden am Münchner Platz politische GegnerInnen vor Gericht gestellt. Die Instrumentalisierung der Rechtsprechung diente der Durchsetzung und Sicherung des nationalsozialistischen Herrschaftsanspruches. Ab April 1934 führte der neue Volksgerichtshof zur Aburteilung von Hoch- und Landesverrat einen Teil seiner Prozesse im Schwurgerichtssaal des Landgerichts Dresden durch. Mit der Annexion des Sudetengebiets 1938 und der Bildung des „Protektorats Böhmen und Mähren“ im März 1939 wurden in diesen Gebieten deutsche Land- und Oberlandesgerichte eingerichtet. Bis zur Einrichtung einer Hinrichtungsstätte in Prag im April 1943 wurden Todesurteile des Sondergerichts Prag am Münchner Platz in Dresden vollstreckt, weshalb von den über 1.300 Opfern in Dresden zwei Drittel TschechIn-



Gerald Netzl

: Im November 1962 wurde das Denkmal „Widerstandskämpfer“ von Arnd Wittig im ehemaligen Hinrichtungshof der Gedenkstätte eingeweiht.

nen sind. Ein für die „Sondersache Böhmen und Mähren“ zuständiger Ermittlungsrichter des Volksgerichtshofs führte im Dresdner Landgericht Vernehmungen durch. „Minderschwere“ Fälle von Hoch- und Landesverrat im Protektorat konnte der Volksgerichtshof an drei Oberlandesgerichte abtreten, darunter das Oberlandesgericht Dresden. Auch dessen Todesurteile wurden am Münchner Platz vollstreckt. Nach der Besetzung Polens wurden unter anderem Verurteilte des Oberlandesgerichts Posen am Münchner Platz hingerichtet. Auch Todesurteile der Wehrmachtjustiz oder des Reichsgerichts wurden am Münchner Platz vollstreckt. Wer nach Dresden kommt sollte die Ausstellung unbedingt besuchen!

Webtipp: www.muenchner-platz-dresden.de

Gerald Netzl ■



Stegi Lindenmayer

Schwerer Verlust

Am 9. April 2022 ist unsere Genossin Herta Novotny im neunzigsten Lebensjahr verstorben. Herta war viele Jahre eine engagierte Funktionärin der Partei und unseres Bundes. Nach der Erkrankung von Peter Lhotzky übernahm sie trotz ihres Alters den Bezirksvorsitz und nahm an den Besprechungen des Wiener Landesvorstands teil.

Viele Jahre war Herta in der SPÖ engagiert: Jahrzehntlang als Sektionsvorsitzende der Sektion 8 am Alsergrund und von 1986-2005 als Bezirksrätin. Für ihr Engagement wurde ihr die Victor-Adler-Plakette verliehen. Herta wohnte seit ihrer Kindheit in unmittelbarer Nähe des St. Anna Kinderspitals und des Marktes am Zimmermannplatz. Dort war sie täglich unterwegs und kannte rund um den Zimmermannplatz fast alle BewohnerInnen persönlich. Auch setzte sie viele Initiativen für Jung und Alt. Wir werden in ihrem Sinn weiterkämpfen.



Wider die Macht

Seit Februar 2022 und noch bis 15. Jänner 2023 zeigt das Haus der Geschichte in St. Pölten über 150 Grafiken, Zeichnungen und Ölgemälde aus der ca. 200 Objekte umfassenden Kunstsammlung des DÖW. Die Exponate dokumentieren Widerstand, Krieg, Verfolgung und Exil zwischen 1934 und 1945 und ermöglichen in vielen Fällen als persönliche Zeugnisse von Haft und Flucht Einblicke in Schicksale und Lebenswege. Zur beeindruckenden Ausstellung ist ein nicht minder beeindruckender Katalog erschienen.



Bild von Alfons Walde, 1946

Die Ausstellung gliedert sich in einen chronologischen und in einen thematischen Teil. Im ersten Teil wird anhand beispielhafter Biografien und Kunstwerke von den verschiedenen Formen des Widerstandes berichtet: Von den Februarkämpfen 1934 und dem Bürgerkrieg in Spanien über die Résistance in Frankreich, in der zahlreiche ÖsterreicherInnen aktiv waren, bis zum militärischen Widerstand am Ende des Zweiten Weltkrieges. Im zweiten Teil zeigt die Ausstellung, wie die Überlebenden nach 1945 ihre Erinnerungen auf unterschiedliche künstlerische Weise verarbeitet haben. Manche dokumentierten ihre traumatischen Erfahrungen in drastischen Darstellungen, andere verwandelten sie in abstrakte Formen, wiederum andere wollten mit ihren Bildern vor einer Wiederholung der Geschichte warnen.

Die Kunstsammlung des DÖW ist keine konzipierte, nach definierten Kriterien angelegte Sammlung. Nein, sie zeichnet sich durch Heterogenität aus: Ihre Exponate sind Geschenke von etwa 80 KünstlerInnen und Laien, die sich dem DÖW verbunden fühlten - darunter heute in Vergessenheit Geratene ebenso wie Namhafte, etwa Oskar Kokoschka, Alfred Hrdlicka, Axl Leskoschek, Trude Wachner, Alfons Walde, Georg Eisler u. a. Ebenfalls Bestandteil der Sammlung sind in situ entstandene Zeugnisse der Haft in Ghettos und Konzentrationslagern genauso wie in Wöllersdorf. Kunst in diesen prekären Verhältnissen war für viele tatsächlich „Lebens-Mittel“. Für Irritation beim Betrachter sorgt ein Porträt von Major Karl Bieder-



Der umfangreiche Katalog ist im Residenz Verlag erschienen und kostet € 28

mann in voller Wehrmachtsuniform aus 1943 - da war er noch ein strammer deutscher Offizier.

Lob und Dank gilt dem Land Niederösterreich, das die Aufarbeitung der Sammlung ermöglichte, sowie dem Team Ursula Schwarz, Christine Schindler und Gerhard Baumgartner. Auf einem Bildschirm ist ein virtueller Rundgang durch die Ausstellung „Niemals vergessen!“ von 1946 möglich. Das kann man auch zuhause machen: www.mandelbaum.at/vergessen-niemals

Gerald Netzl ■

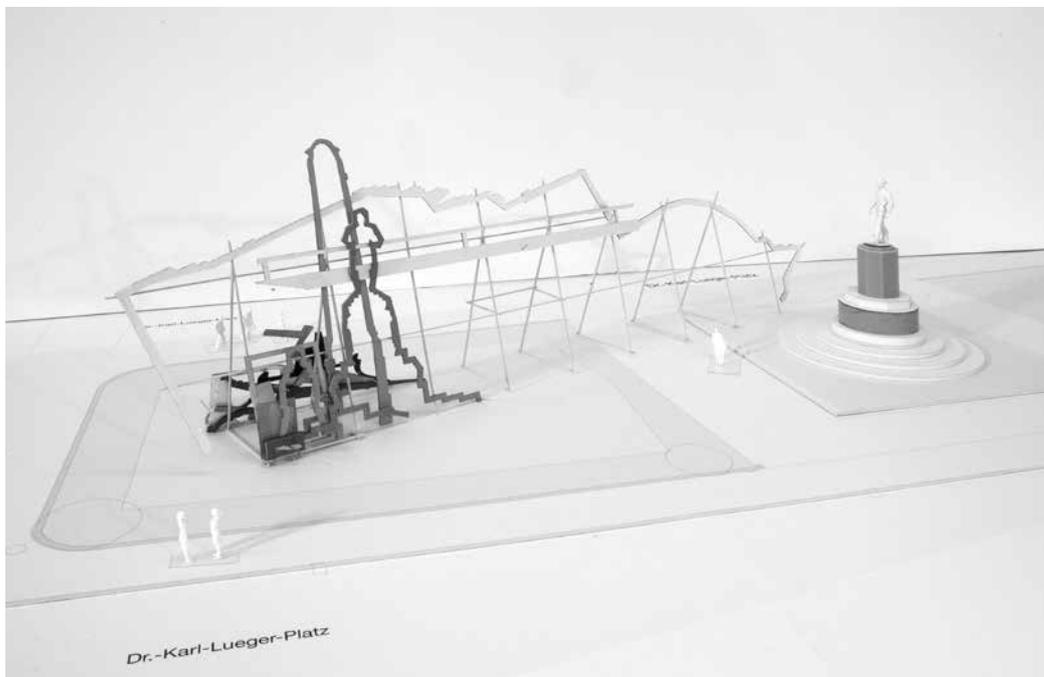
Wir gratulieren: Juli bis September 2022

102. Geburtstag: Weiss Franz, Steyr. **96. Geburtstag:** Maier Raimund, Graz; Cettl Hedwig, Guth Johann, Packert Walter, Wien. **94. Geburtstag:** Vogl Helmuth, Eisenstadt; Muhr Franz, Mannswörth; Palacios-Nunez Hilde, Wels; Braun Ernst, Guttmann Rosi, Spitzer Felix, Wien. **93. Geburtstag:** Eypeltauer Beatrix, Linz; Riedl Josefine, Sankt Kanzian; Fischer Max, Zaufarek Rudolf, Wien. **92. Geburtstag:** Mang Heinz, Graz; Reichenpfader Stefanie, Linz. **91. Geburtstag:** Loidolt Franz, Perchtoldsdorf; Hörtner Rosi, Ostry Gertrude, Wien. **90. Geburtstag:** Doleys Anton, Achau; Lindner Herbert, Mannswörth; Schachter Herbert, Wien; **85. Geburtstag:** Huber Werner, Forchtenstein; Schrupfer August, Graz; Kuba Heinz, Mistelbach; Jicha Gertrude, Neufeld/Leitha; Grünwald Oskar, Huber Therese, Mascha Cornelia, Reinisch Alfred; Wien. **80. Geburtstag:** Böheimer Julius, Baden; Pöchhacker Kurt, Gaming; Stefanits Günther, Hornstein; Herrmann Siegfried, Lafnitz; Schmachtl Martha, Linz; Meier Manfred, Praha; Antl Leopold, Stockerau; Gatterwe Helmut, Stockerau; Bayer Margrit, Dudek Erich, Galambos Reinhard, Katz Wilhelm, Krieger Anita, Lacina Karl, Mark Antonia, Mottinger Rosa, Novak Norbert, Paulus-Niederreiter Eva, Schartel Lieselotte, Schierer Alfred, Schiller Erna, Seiferd Helmut, Wien. **75. Geburtstag:** Guggenberger Walter, Aldrans; Abraham Leopold, Angern/March; Winterauer Reinhard, Bad Goisern; Rausch Franziska, Bisamberg; Wallner Hannelore, Hirm; Mennert Margit, Innsbruck; Töglhofer Reinhard, Kapfenberg; Derflinger Ilse, Scherde Werner, Linz; Kainz Friedrich, Matzen; Dobrovits Alfred, Matzen-Raggendorf; Muhran Muhran, Schattauer Erika, Salzburg; Weinmann Alfred, Wicher Renate, Schwechat; Havlik Gerhard, St. Pölten; Sauer Hedwig, Waidhofen/Thaya; Baier Arthur, Friessner Maria, Kriebaum Brigitte, Luksan Martin, Lun Erich, Oppenberger Alfred, Pellar Brigitte, Spanitz Reinhard, Wien.

Lueger-Platz – temporäre Installation

Anfang des Sommers kochte die Diskussion über das unsägliche Denkmal von Karl Lueger am gleichnamigen Platz in Wien wieder einmal hoch. Grund war ein offener Brief an Bürgermeister Michael Ludwig. Der Rathauskorrespondenz vom 6. Juli haben wir den folgenden Text entnommen (und aufgrund seiner Länge stark gekürzt), der die Überlegungen der Stadt Wien erläutert.

Im Mai 2021 hat die Stadt nach anhaltender, öffentlich geführter Diskussion zum Lueger-Denkmal einen Round Table im Rathaus abgehalten, an dem mehr als 40 ExpertInnen aus Kunst, Wissenschaft, Politik, Verwaltung und VertreterInnen der Zivilgesellschaft teilgenommen haben. Der Austausch so unterschiedlicher Stimmen und die offene und respektvolle Diskussion haben gezeigt, dass das Lueger-Denkmal nicht länger unkommentiert bleiben kann, sondern dass Handlungsbedarf besteht, der über die seit Sommer 2016 existierende Zusatztafel hinausgeht. Diese Diskussion lieferte auch die Grundlage für die Entscheidung der Stadt Wien, das Denkmal permanent künstlerisch zu kontextualisieren. Die Ausschreibung dafür erfolgt im Herbst 2022 und wird von KÖR Kunst im öffentlichen Raum Wien durchgeführt. Bis zu deren Realisierung wird eine temporäre Installation auf das Denkmal Karl Luegers reagieren.



Installation „Lueger temporär“

Wichtige Stimmen aus Politik und Kultur betonen, dass die temporäre Installation „Lueger temporär“ einen wichtigen Beitrag zum öffentlichen Gedächtnis der Stadt Wien, zu einem lebendigen Mahn- und Lernort gegen Antisemitismus und politischen Populismus leistet. Die Entsorgung des Lueger-Denkmal ist das falsche Signal, Kunst kann und soll öffentliche Diskurse anregen. Es ist wichtig, sich permanent mit der Geschichte auseinanderzusetzen. Aus diesem Grund erkundeten die KünstlerInnen Nicole Six und Paul Petritsch alle Denk-Orte, Tafeln und Gebäude in Wien, die mit Lueger in Verbindung gebracht werden und nahmen ihre jeweilige Form ab. Zusammengefasst am Lueger-Platz bilden sie ein Display für eine öffentliche Diskussion, die Fragen erlaubt wie: Wie wollen wir als Gesellschaft des 21. Jahrhunderts mit unserem „Dark Heritage“ umgehen? Was kann der öffentliche Raum leisten? Was soll für eine zukünftige Betrachtung bereitgestellt werden?

Die Kosten für Entwurf und Errichtung (durchgeführt von Architekt DI Michael Rieper) belaufen sich auf 100.000 Euro. Die Installation, eine Holzkonstruktion mit der Maximalhöhe von 12,8 Metern (Breite 5m und Maximallänge von 25m), soll im Herbst 2022 aufgestellt werden und ein Jahr lang am Platz ein Zeichen setzen.

Die KünstlerInnen Nicole Six und Paul Petritsch realisieren seit 1997 gemeinsam Filme, Fotografien, Displays, KünstlerInnenbücher sowie orts- und kontextspezifische Installationen und Projekte im öffentlichen Raum. Sie erforschen die Grenzen unseres Daseins und unserer Wahrnehmung mit Expeditionen in den Alltag, durch Ozeane, Polarregionen, Betonwüsten wie auch Mondlandschaften. Ihre Eingriffe sind experimentelle Versuchsanordnungen, mit denen sie den Raum neu ordnen, indem sie ästhe-

tische mit politischen Dimensionen verbinden. In diesem Zusammenhang waren Arbeiten wie „Die innere Grenze/Notranja meja“ (2008) und „Das Denkmal/Spomenik“ (2015) in Kärnten als Gegenmonumente sowie das partizipative Projekt „Die Stadt und das gute Leben“ (2020) in der Form von einer Vermessung des Raumes und der Landschaft angelegt.

Permanente Kontextualisierung: Weitere Vorgehensweise

Im Herbst 2022 wird es einen geladenen Wettbewerb zur permanenten künstlerischen Kontextualisierung des Lueger-Denkmal, durchgeführt von KÖR Kunst im öffentlichen Raum Wien, geben. Dafür werden derzeit die technischen und inhaltlichen Rahmenbedingungen erarbeitet. Die technischen Voraussetzungen werden mit den zuständigen Magistratsabteilungen, dem Bezirk und dem Bundesdenkmalamt geklärt. Die inhaltliche Grundlage für den Wettbewerb erarbeitet eine hochrangig besetzte wissenschaftliche Kommission.

In Vorbereitung ist auch die Besetzung der internationalen Jury, die den SiegerInnenentwurf auswählen wird. Was bereits verraten werden kann, ist, dass die Kulturwissenschaftlerin und Expertin für Erinnerungskultur Aleida Assmann für die Jury gewonnen werden konnte. Ebenfalls in Arbeit ist die Liste der KünstlerInnen, die zum Wettbewerb eingeladen werden. Der SiegerInnenentwurf soll im Frühjahr 2023 präsentiert werden.

Gedanken zur Neutralität

Photo Simonis



Bundespräsident a. D.
Heinz Fischer

Täglich findet man Stellungnahmen und Diskussionsbeiträge zum Thema Neutralität in den Medien und die meisten beginnen mit der Feststellung: Warum gibt es keine Diskussion über die Neutralität? Selektive Wahrnehmung?

Wie auch immer: Schweiz und Österreich sind neutrale Staaten und als solche eine kleine Minderheit in Europa. Die schweizer Neutralität geht auf den Wiener Kongress von 1815 zurück und die österreichische Neutralität auf das Staatsvertragsjahr 1955. Letztere wurde in

Zusammenhang mit dem österreichischen Staatsvertrag, aber getrennt von diesem, einige Monate später beschlossen.

Alle österreichischen Regierungen seit 1955 haben sich zur Neutralität bekannt; das heißt sie wurde von Raab (und seinem Außenminister Figl), von Gorbach, Klaus, Kreisky, Vranitzky, Klima, Schüssel etc. bis herauf zum jetzigen Bundeskanzler Nehammer akzeptiert und (mit unterschiedlichem Engagement) auch praktiziert. Sie hat sich in allen Phasen ihrer (unserer) Geschichte bewährt und wurde 1994 mit Zustimmung der österreichischen Bevölkerung mit dem EU-Beitritt synchronisiert.

Sie ist Bestandteil unseres Verfassungsrechtes und für sehr viele Österreicherinnen und Österreicher Teil unserer Identität. Auch vom Ausland her wird Österreich als demokratischer, friedfertiger und neutraler Staat gesehen und geschätzt. Dennoch gibt es eine Minderheit unter PolitikerInnen (insbesondere ehemaligen PolitikerInnen) und eine starke Minderheit unter JournalistInnen, die mit der Neutralität unzufrieden sind und die Neutralität gegen einen NATO-

Beitritt eintauschen wollen (und einige weitere, die weder die Neutralität noch die NATO wollen).

Das Hauptargument lautet: Die Neutralität schützt uns nicht.

Meine Überlegungen zu diesem Thema sind folgende:

Erstens: Mitglied eines Militärpakts zu sein heißt, nicht nur in bestimmten Fällen geschützt zu werden, sondern kann auch heißen in bestimmten Fällen in einen unerwünschten Konflikt hineingezogen zu werden, in den wir als neutraler Staat nicht hineingezogen würden.

Zweitens: Wer die Sicherheit Österreichs umfassend im Auge hat darf nicht nur darauf verweisen, dass uns die NATO im Falle eines Angriffs schützen könnte, sondern er muss vor allem die Neutralität und die Neutralitätspolitik (!) als ein wertvolles Instrument sehen, um gar nicht angegriffen zu werden - wie eben die Schweiz seit mehr als 200 Jahren und Österreich seit fast 70 Jahren nicht einmal in die Nähe eines feindlichen militärischen Angriffes gekommen sind.

Österreich hat keine Feinde (schon gar nicht unter unseren Nachbarstaaten), hat keine ungelösten Grenzprobleme und tut das Richtige, wenn es eine von militärischer Neutralität getragene, aktive Friedenspolitik fortsetzt, wie das in allen Regierungserklärungen seit 1956 (mit leicht unterschiedlichen Nuancierungen und leicht unterschiedlicher Praxis) versprochen und auch gehandhabt wurde.

Eines ist aber richtig: Die österreichische Neutralität hat nicht nur eine politische und verfassungsrechtliche Komponente, sie hat auch eine militärische Komponente. Und diese Komponente muss ernst genommen werden und sich im Stellenwert des österreichischen Bundesheeres deutlich niederschlagen. Das ist nicht nur eine Investition in unsere Sicherheit, sondern auch in unsere Selbstständigkeit und Unabhängigkeit.

Heinz Fischer ■

Gedenken

Im Wiener Landesgericht für Strafsachen ist am 30. Juni der rund 600 Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer gedacht worden, die dort von den Nationalsozialisten ermordet worden sind. Das Gedenken war in ein dreitägiges Symposium „Diktatur und Widerstand“ eingebettet. Nach der Kranzniederlegung gemeinsam mit den VertreterInnen der ARGE der NS-Opferverbände im ehemaligen Hinrichtungsraum eröffneten Justizministerin Alma Zadić und der Präsident des Landesgerichts, Friedrich Forsthuber, die Veranstaltung. Von Bundespräsident Alexander Van der Bellen gab es eine Grußbotschaft.

Gerald Netzl ■



v. l. Dagmar Schindler, Norbert Kastelic, Friedl Garscha, Gerald Netzl, BM Alma Zadić und Georg Frölichsthal (Büro des Bundespräsidenten)

Friedrich Forsthuber



Krems gedenkt der Massaker von Stein

– Ein Bericht von Klaus Bergmaier –

Am 6. und 15. April 1945 ereigneten sich in der Strafanstalt Stein und in der Umgebung die größten Massaker, die zu Kriegsende stattgefunden haben. Anlass für eine Veranstaltung am Steiner Friedhof und beim Griechendenkmal vor der Justizanstalt. Neben politischen Vertreter*innen nahmen auch Botschaftsvertreter*innen von Polen, Kroatien, Griechenland, Tschechien teil.

„Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen: Darin liegt der Kern dessen, was wir zu sagen haben.“ Mit diesem Zitat des italienischen Schriftstellers, Chemikers und Holocaust-Überlebenden Primo Levi (1919-1987) unterstrich der Kremser Bürgermeister Dr. Reinhard Resch, der seit mittlerweile 9 Jahren zu Gedenkveranstaltungen lädt, die Bedeutung des Gedenkens an die Ereignisse zu Kriegsende. „Erneut haben wir heute einen Aggressionskrieg nur ein paar hundert Kilometer von uns entfernt, der tausende Opfer, Zerstörung und Millionen flüchtende Menschen

mit sich bringt.“ Neben politischen Vertretern der Stadt hatten sich der gf. Landesvorsitzende unseres Bundes von NÖ Vizebgm. Harald Ludwig, der Kremser Bezirksvorsitzende GR a.D. Mag. Klaus Bergmaier und als Vertreter der Bundesorganisation als drittes anwesendes Bundesvorstandsmitglied Volkmar Harwanegg, Dr. Norbert Kastelic (ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich), Univ.-Prof. Dr. Rudolf Mallinger (Rektor der Karl Landsteiner Privatuniversität für Gesundheitswissenschaften), Birgit Hebein, Dr. Winfried Garscha (KZ-Verband) und Dutzende wei-



beim Griechendenkmal v.l.n.r.: Volkmar Harwanegg, Klaus Bergmaier, Harald Ludwig, Bgm. Dr. Reinhard Resch, Träger der Rosa-Jochmann-Plakette

tere Interessierte auf dem Steiner Friedhof und beim Griechendenkmal eingefunden, um der Opfer zu gedenken – „Für Frieden und Freiheit niemals vergessen!“ (lt. Gedenkstein)

Dass die Aufarbeitung und die Erinnerung der Massaker wichtig sind, gaben alle Sprecher der Botschaften und Verbände wieder. Zeitgleich wurde der Opfer in der Ukraine gedacht.

Gedenkveranstaltung gewerkschaftlicher AntifaschistInnen

Anlässlich des Tages der Befreiung, dem 8. Mai, veranstalteten antifaschistische AktivistInnen der Gewerkschaft vida, in Kooperation mit der FSG-Jugend, eine Gedenkveranstaltung beim Mahnmal für die Opfer der Gestapo. Das besagte Denkmal erinnert an die Zentrale der Gestapo im ehemaligen Hotel Métropole, wo Verhöre stattfanden, bei denen mit unmenschlichen Mitteln und unter Folter Aussagen erzwungen wurden.

Die rund 20 TeilnehmerInnen der vida versammelten sich am 7. Mai um 21:00 Uhr beim Mahnmal am Morzinplatz, um GewerkschafterInnen zu gedenken, die Opfer dieser Schreckensherrschaft wurden. Während der Gedenkkundgebung wurde ein Text von Marliese Mendel verlesen. Sie ist Mitarbeiterin im ÖGB und hat in Wien Geschichte studiert. Derzeit ist sie als Autorin, Journalistin und Historikerin mit Schwerpunkt Gewerkschafts- und ArbeiterInnengeschichte tätig.

„Das erste österreichische Opfer der Nationalsozialisten war ein Gewerkschafter. Im Februar 1923 schossen Mitglieder der paramilitärischen Wehrformation „Ostara“ den Betriebsrat Franz Birnecker nieder – er war das erste von vielen Opfern politischer Gewalttaten während der Ersten Republik. Mit dem Erstarken des Faschismus eskalierte die Gewalt und mündete schließlich in den Februarkämpfen 1934, die mit dem Verbot der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) und den freien Gewerkschaften



Abendliche Kundgebung der vida am Morzinplatz am 7. Mai

endeten. Danach begann die Geschichte der GewerkschafterInnen im Widerstand, ihrer Verfolgung, Verhaftung und Ermordung.“

In ihrem Text hebt sie den Kampf und das Wirken etlicher GewerkschafterInnen hervor: Rudolfine Muhr, Karl Mantler, Rosa Jochmann, Wilhelmine Moik u. v. a. Sie alle kämpften für unsere Freiheit und widmeten ihr Wirken der ArbeiterInnenbewegung. Der gesamte

Text von Marliese Mendel ist auf der Homepage des ÖGB nachzulesen. Diese Gedenkveranstaltung ist nur eine Maßnahme eines großen Bildungspakets, das für die Gewerkschaft enorme Bedeutung besitzt. Ein zentrales Anliegen der Gewerkschaft ist es, die Jugend über die Geschichte aufzuklären.

Kira Höfenstock ■



Neuer Gedenkort Geriatrie Klagenfurt

Eine neue Gedenkstätte für Verfolgte aus medizinischen Gründen, psychisch Leidende, Behinderte und pflegebedürftige Alte in der Zeit der NS-Gewaltherrschaft in Kärnten ist im Park der Geriatriischen Tagesklinik entstanden. Die offizielle Eröffnung nahm Landeshauptmann Peter Kaiser vor.

„Die Gedenkstätte lädt nicht nur zur Besinnung ein, sondern sie fordert Wachsamkeit, sie fordert Aufzeigen und sie fordert auch das Anklagen von Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, betonte Kaiser. Es habe in Kärnten lange gedauert, bis Erinnerungskultur zu etwas wurde, was in der Öffentlichkeit auch wahrgenommen wird. „Allzu lange wurde geschwiegen und verdrängt. Es ist einigen Wenigen zu verdanken, dass Gedenkkultur etabliert wurde. Mit dem Gedenken wird den Opfern des damaligen Regimes zumindest ein Teil ihrer Identität wiedergegeben. Ich bin froh, endlich in einem Land zu leben, in dem man sich der Vergangenheit bewusst ist, und sich den längst geschehenen Taten auch stellt. Das zeigt, dass diese Menschen, die sich nicht wehren konnten, zumindest nicht umsonst gestorben sind. Sie halten das Mahnende in uns wach“, so der Landeshauptmann. Die Erinnerungsstätte besteht aus einer Gedenkstätte mit 277 Namen von seinerzeit ermordeten Menschen, einer Information zur Gedenkstätte sowie drei Stelen, welche eine Achse der Erinnerung und ein Bindeglied zwischen der Gedenkstätte und dem ehemaligen Gebäude, wo die Tötungen stattfanden, darstellen. Diese künstlerischen drei Stelen sind das Symbol für die drei Leidensphasen (1939, 1941/42, 1942–1945) der Euthanasie-Opfer. Auf dem Gelände der Geriatriischen Tagesklinik/Parkanlage befand sich seit 1994 eine minimalisierte Erinnerungsstätte, die an jene Menschen erinnerte, die während der Zeit des NS-Gewaltregimes an diesem Ort verfolgt und ermordet wurden. Sie wurde von den Primärärzten Dr. Hans Wieltschnig und Dr. Georg Pinter errichtet und über den gesamten Zeitraum instandgehalten. Im Rahmen des Um- und Erweiterungsbaues der Geriatriischen Abteilung am Klinikum Klagenfurt entstand 2021 die Überlegung, einen neu gestalteten Gedenkort zu errichten. Der Weg des Erinnerens beginnt (oder endet) beim Eintritt in den Park mit einem Gedenkraum. Im Gegensatz zur höhnenden KZ-Aufschrift der Nationalsozialisten „Arbeit macht frei“, trägt das neu errichtete Portal das



Jobst

Prim. Georg Pinter (li.) und Arch. Klaus Holler (re.) mit Mitarbeiterinnen am Zentrum für Altersmedizin kurz vor der Fertigstellung der neuen Gedenkstätte.

Wort „ERINNERN“. Der geeignet angebrachte Schriftzug weist auf drei gläserne Namenstafeln hin, die viele Menschen dem Vergessen entreißen. Es sind jene Schutz- und Schuldlosen, die infolge des gnadenlosen Euthanasieprogrammes der Nationalsozialisten hier ermordet wurden. Architekt DI. Klaus Holler, der bereits die Neugestaltungen der Gedenkstätte vor dem Landesgericht (2013) und jene im Friedhof Annabichl (2015–2017) planend umsetzte und nun den Gedenkort Geriatrie mit seinen Ideen würdig zu umrahmen wusste, liefert dazu die folgende Erkenntnis: „Für eine Wahrheit, die im Einklang mit Zeit, Raum und Geschichte steht, also zu Ende gedacht ist, gibt es keinen Ersatz. Der Weg des Erinnerens ist ein Weg der Besinnung (...)“ Maßgeblich mitgewirkt haben am neuen Gedenkort Aktivistinnen des Vereins Memorial Kärnten-Koroška, der von unserem Bund in Kärnten mitbegründet wurde.

Vinzenz Jobst ■

Ein Jahr Shoa-Mahnmal in Wien

2019 wurde ein Mahnmal für die 65.000 ermordeten Jüdinnen und Juden aus Österreich im Ostarrichi-Park bei der Nationalbank in Wien errichtet. In 160 Stück Granitplatten wurden die Namen der Deportierten und Ermordeten eingraviert. In der Universität Wien im Institut für Geschichte wurde 2022 eine Gedenktafel für die vertriebenen Historiker installiert. Neben vielen anderen sichtbaren Zeichen, soll dies an eine Zeit erinnern, die sich heute niemand mehr vorstellen kann. Gerade, weil Nationalismus und Populismus in Europa und auch in der Welt mehr und mehr steigen, ist es wichtig, sich der vergangenen Gräueltaten zu erinnern.

Die Sichtbarkeit des Unvorstellbaren - Mahnmale und Erinnerung

Spaziert man vom Hauptgebäude der Uni Wien zum Unicampus (Altes AKH), dann erkennt man auf dem Ostarrichi-Park ein imposantes, beeindruckendes und zutiefst bewegendes Mahnmal. Ein enormes Oval aus Granitplatten

lädt zum Rundgang ein: Die Shoa-Namensmauer.

Ein enormes Oval aus 160 Stück 101cm breiten und 210 cm hohen, in 5er Böcken zusammengestellten Granitplatten. Eine Gedenkstätte und ein Mahnmal für 65.000 jüdische Kinder, Frauen und Männer aus Österreich, die in den Konzentrationslagern und Vernichtungsorten der Nationalsozialisten getötet

wurden.

Zutiefst berührend ist der Anblick, wenn man durch die Anlage, die den größten Teil des Parks ausfüllt, geht und anhand der Vielzahl der Namen erkennt, wie wahnsinnig und unvorstellbar diese Gräueltaten gewesen sind. Durch die sichtliche und enorme Zahl von eingravierten Namen und Geburtsdaten der Getöteten wird erst bewusst, wieviel Tragik und Leid entstanden.

In der Eröffnungszereemonie erzählte der Initiator der Gedenkstätte, Kurt Yakov Tutter (1930 in Wien geboren, Eltern in Auschwitz ermordet) vom langen Weg der Entstehung: Vereinsgründung 2000, Gespräche, Platzsuche und Planungen, bis der Bau 2019/2020 begonnen wurde. Die feierliche

Eröffnung des Mahnmals fand am 9. November 2021 in Anwesenheit des damaligen Bundeskanzlers Alexander Schallenberg, VertreterInnen der politischen Parteien und der jüdischen Gemeinde am Tag der Erinnerung an die Novemberpogrome in Deutschland und Österreich statt. Nicht vergessen werden dürfen auch die tausenden Getöteten, durch Nationalsozialisten verfolgten weiteren ethnischen Gruppen, wie Roma, Sinti, Homosexuelle und politische Gegner. Auch die im T4-Programm getöteten körperlich und geistig Kranken.

Niemand konnte sich vor hundert Jahren und niemand kann sich heute vorstellen, dass es jemals geschehen konnte, dass Millionen Menschen ermordet werden. Ge-

rade deswegen wird es jetzt immer wichtiger, diese Zeiten nicht zu vergessen. Es soll und muss erinnert werden. Vor allem der Generation 2000 muss bewusst gemacht werden, dass diese Zeiten nicht wieder entstehen dürfen. Auch wenn in Europa der Populismus und Rechtsradikalismus wächst, Putin einen Krieg an den Grenzen zu Europa führt, diese Mahnma-

le sollen immer daran erinnern, dass der Weg zum Radikalismus ein schleichender ist. Deswegen ist der Standort ein gut gewählter; hier gehen jeden Tag hunderte StudentInnen vorbei und werden erinnert, dass diese Zeiten nicht wieder kommen dürfen.

Dies können beeindruckende Gedenkstätten und Mahnmale (Holocaust-Mahnmal in Berlin,

Gedenkstätten in den ehemaligen KZ und vor allem Yad Vashem in Jerusalem, u.v.m.).

Die Universität Wien errichtete 2022 eine Gedenktafel zur Erinnerung an die ermordeten oder vertriebenen Lehrenden und StudentInnen. Auch die Erinnerungssteine (Stolpersteine, Steine der Erinnerung) vor den ehemaligen Wohnsitzen der Ermordeten in

Wien mahnen zur Wachsamkeit über unsere Zukunft. Täglich erinnern sie an die eine Zeit, die es nie mehr geben darf.

Franz Gehring 



Wir gedenken unserer Toten

Der südliche Wienerwald ist eine beliebte Wandergegend. Zwischen Seewiese und Kugelwiese, nahe Gießhübl, liegt im Wald versteckt der Predigerstuhl. Einst war rund um diesen Felsen eine große Wiese, sie ist seit vielen Jahren zugewachsen.

Am 15. Juli 1934 wurden die beiden jungen Liesinger Arbeiter Hans Fröhlich und Richard Lehmann bei einer Kundgebung auf der Predigerstuhlwiese erschossen. Nur wenige Monate nach dem Februar 1934 versammelten sich im Juli die nun illegalen „Revolutionären Sozialisten“ um der Opfer des 15. Juli 1927 (Brand des Justizpalastes in Wien) zu gedenken. Rosa Jochmann wollte die Gedenkrede halten. Genauso

wie 1927 krachten wieder die Gewehre und zwei junge Menschen mussten einen sinnlosen Tod sterben.

Seit Oktober 2004 erinnert unweit des Tatorts ein von den Bezirksgruppen Mödling und Liesing gestifteter Stein mit einer Gedenktafel an das tragische historische Ereignis. Am 16. Juli 2022 trafen sich dort 30 AntifaschistInnen und ehrten die Toten. Dieter Zerber begrüßte für SPÖ und FreiheitskämpferInnen Mödling die GenossInnen und sprach die historische Einleitung. Gerald Netzl erinnerte an die Landtagswahlen im April 1932, als die NSDAP in die Landtage von Niederösterreich, Wien und Salzburg einzog - in die Parlamente, um sie zu zer-

stören. Wir DemokratInnen müssen uns für Demokratie und Rechtsstaat einsetzen, z. B. indem wir uns um eine hohe Wahlbeteiligung bei der Wahl des Bundespräsidenten bemühen. Gen. Netzl rief die KundgebungsteilnehmerInnen auf, am 9. Oktober Alexander Van der Bellen zu wählen. Der Abstand zu Walter Rosenkranz soll möglichst groß werden! Gerald Netzl 





Verleihung des „Brigitte-Höfert-Preises“ 2022

Am 8. März 2022 wurde der „Brigitte-Höfert-Preis“ erstmals verliehen. Michael Mooslechner hielt die Laudatio, diese möchten wir hier in Teilen veröffentlichen.

Die Ausschreibung des Preises im Wortlaut:

Für Schulprojekte zu „Widerstand und Zivilcourage im Kontext von Nationalsozialismus und Gegenwart“. Die Ausschreibung richtet sich an Schulklassen von der 8. bis zur 13. Schulstufe im Bundesland Salzburg, die für das Schuljahr 2020/21 ein Projekt planen oder im Schuljahr 2019/20 ein Projekt abgeschlossen haben, in dem Widerstand und/oder Zivilcourage aus der Zeit des Nationalsozialismus mit Gegenwartsbezug thematisiert und bearbeitet wird.

Auszug aus der Laudatio von Michael Mooslechner an die SchülerInnen:

„Die zwei Klassen Bundes-Oberstufen-Realgymnasium Radstadt haben sich, ausgehend vom Buch „Schwedenreiter“ der Autorin Hanna Sukare, eingehend mit der Zeit des Nationalsozialismus in unserer Region befasst. Auch mit dessen Umgang im Österreich der Nachkriegsjahre und bis jetzt. Sie beschäftigen sich mit der Biografie des Lehrers und Geschichtenerzählers Herbert Mader. Sie haben sich mit der von ihm und der Nachkriegsgesellschaft ausgeblendeten Geschichte Maders beschäftigt. Er war seit und ab 1932 illegales Mitglied der in Österreich verbotenen NSDAP und SS. Im Krieg war seine Einheit der SS-Division „Das Reich“ unterstellt. In den Akten des Volksgerichtes im oberösterreichischen Landesarchiv gibt es starke Hinweise, dass Herbert Mader als Mitglied einer Sondereinheit auch aktiv an Kriegsverbrechen beteiligt war. Wegen der Aktualität: Die SS-Panzerdivision „Das Reich“, in der Herbert Mader diente, war im Oktober 1941 an den brutalen Kämpfen um Char-

kov in der Ukraine beteiligt. Diese zweitgrößte Stadt der Ukraine wird auch gegenwärtig Tag und Nacht bombardiert. Sie haben ein Dossier über Herbert Mader für die Radstädter „Stadtnachrichten“ verfasst. Sie haben eine Diskussion mit angestoßen, ob es einer demokratischen, gegen den Geist des Nationalsozialismus gegründeten Zweiten Republik angemessen ist, einer solchen Person einen öffentlichen Weg zu widmen. Am Mittwoch, den 24. März 2022, werden Sie diese Fragen mit der Radstädter Gemeindevertretung besprechen und dieser Ihre Vorschläge präsentieren. Sie möchten den bislang dokumentierten 14 NS-Opfern von Radstadt im Rahmen einer Verlegung sogenannter Stolpersteine eine dauerhafte Erinnerung sichern. Sie verknüpfen mit Ihrem Projekt Geschichte und Gegenwart.

Dies alles unternehmen Sie in Zusammenarbeit mit dem Kulturverein „Das Zentrum“.

Wir alle haben größten Respekt vor Ihrer Courage, diese geschichtspolitische Diskussion in Radstadt zu führen. Von Mut will ich in diesen Tagen nicht sprechen. Knapp 600 km von Wien entfernt ist die ukrainische Grenze. Dort versuchen unbewaffnete Bürger mit bloßen Händen die Panzer der eindringenden russischen Armee aufzuhalten. In ganz Russland riskieren tausende Menschen in diesen Tagen ihre Freiheit und ihre Gesundheit, indem sie sich öffentlich gegen den Krieg stellen. Die Begriffe „Mut“ und „mutig“ sollten wir diesen Menschen vorbehalten. In demokratischen, rechtsstaatlichen Gesellschaften reicht es, nicht feige zu sein.



Eine solche Debatte, wie hier in Radstadt, ist ein Marathonlauf, kein Sprint. Man braucht dafür Leidenschaft, Geduld und Hartnäckigkeit. Lassen Sie sich also von Verzögerern und Ablenkungsmanövern nicht entmutigen. Ihre Arbeit in diesem Projekt hat auch einen hohen pädagogischen Wert. Wissensvermittlung in der Klasse ist die Basis. Projektarbeit, vor allem jene, die auch außerhalb der Schule stattfindet, hat einen hohen nachhaltigen Effekt. Das ist erwiesen.

Ihr Projekt erinnert mich stark an die Gedenkfeiern des Gymnasiums in St. Johann. Seit über 20 Jahren beschäftigen sich dort die 4. Klassen der Unterstufe mit der Geschichte des Kriegsgefangenenlagers STALAG XVIII C. Die Schülerinnen und Schüler recherchieren während des Schuljahres im Unterricht und gestalten dann im Mai des jeweiligen Jahres eine öffentliche Gedenkfeier am sogenannte Russenfriedhof. Weit über tausend Schüler und Angehörige haben sich auf diese Weise in St.

Johann mit der NS-Geschichte ihrer Gemeinde befasst.

Es wäre schön, wenn auch ihr Engagement hier in Radstadt ein Langfristprojekt des Gymnasiums werden könnte.“

Wichtig zu erwähnen und zu respektieren ist, dass die SchülerInnen das Preisgeld an „Ärzte ohne Grenzen“ für die Soforthilfe in der Ukraine spendeten. Bei dieser Gelegenheit bedankt sich der Verein „Freunde des Deserteurdenkmals in Goldegg – Plattform für regionale Erinnerungskultur“ bei allen SpenderInnen zum Brigitte-Höfert-Preis.

Der Preis soll weiterhin ausgeschrieben und vergeben werden. Deshalb wird um Spenden gebeten. IBAN: AT90 3505 5000 0103 1079

Matteo Gebhart ■



Historisch-politische Bildung zeitgemäß gestalten



v. l. Martin Gressl, Nadja Danglmaier und LAbg. Andreas Scherwitzl

Aktivitäten, Publikationen und Forschungsbeiträge zu einer zeitgemäßen Erinnerungskultur bewegen die Sozialwissenschaftlerin Dr.in Nadja Danglmaier seit vielen Jahren. In ihrer Lehrtätigkeit an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt betreut sie insbesondere Studierende bei Abschlussarbeiten zur Erinnerungskultur im Kontext der Vermittlung von historisch-politischer Bildung. In Seminaren zur Fortbildung von LehrerInnen fokussiert sie beispielsweise „Tat-Orte und Schau-Plätze der NS-Gewalt in Klagenfurt“ oder erforscht mit ihnen anhand der in Klagenfurt verlegten Stolpersteine Opferbiografien.

Für ihre umfangreichen Forschungs- und Publikationsleistungen, aber auch für das vielfältige zivilgesellschaftliche Engagement, wurde Nadja Danglmaier am 30. Mai in Klagenfurt die Rosa-Jochmann-Plakette verliehen. In seiner Laudatio würdigte LAbg. Andreas Scherwitzl sie als „aktive

Aufklärerin einer zeitgemäßen Erinnerungskultur.“

Im Anschluss an die Verleihung, die vom Landesvorsitzenden Martin Gressl vorgenommen wurde, erläuterte die Sozialwissenschaftlerin ihre Überlegungen zu historisch-politischer Bildungsarbeit in unserer pluralen Gesellschaft. Sie gab Einblicke in ihr neuestes Buch „Von Klagenfurt nach Israel“, in dem der Lebensweg von Erna Zeichner nachgezeichnet wird und das einen Überblick über jüdisches Leben in Kärnten vom Mittelalter bis in die Gegenwart enthält.

Über den Vortrag und die Verleihung der Rosa-Jochmann-Plakette gestaltete Heinz Pichler eine Sendung beim Freien Radio AGORA/Klagenfurt in der Sendereihe „Panoptikum Bildung“.

Martin Gressl ■



Marie Jahoda als Revolutionäre Sozialistin

Die in Wien geborene Sozialforscherin Marie Jahoda (1907-2001) ist vor allem als Koautorin der Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal“ bekannt. Mehr oder weniger bekannt ist auch, dass sie 1937 Österreich verlassen musste und nach London ging. Nach 1945 arbeitete sie zuerst 15 Jahre in New York, danach ab den 1950er-Jahren wieder in England an der University of Sussex, wo sie 1973 als Professor of Social Psychology emeritierte.

Aber was war eigentlich der Grund, Österreich während der austrofaschistischen Diktatur zu verlassen? Jahoda bewegte sich seit ihrer Jugend im politischen und kulturellen Milieu der Sozialdemokratie, beteiligte sich an der Aufbauarbeit des Roten Wien und hat nicht zuletzt auch deshalb die Lehrerausbildung und ein Studium der Psychologie absolviert, weil sie sich für ihre weitere politische und berufliche Tätigkeit im Bildungswesen qualifizieren wollte.

Nach der Machtergreifung von Engelbert Dollfuß schloss sich Jahoda der Gruppe Funke an, einer der versprengten Gruppen, die sich gegen die sozialdemokratische Führung stellten und aktiven Widerstand gegen die Diktatur organisieren wollten. Gegen Ende des Jahres 1934 bildete sich schließlich die illegale sozialdemokratische Organisation der Revolutionären Sozialisten.

Im zivilen Leben leitete Jahoda damals die von Paul Lazarsfeld begründete Wirtschaftspsychologische Forschungsstelle. Ihre illegalen Aktivitäten erstreckten sich auf drei Bereiche: Sie stellte erstens die Forschungsstelle als Postadresse für Briefsendungen zur Verfügung, zweitens arbeitete sie als Mitglied des Schulungskomitees mit und drittens - der wohl wichtigste Bereich - war sie zentrale Kontaktperson für Joseph Buttinger, der 1935 die Leitung der Revolutionären Sozialisten übernommen hatte.

Am 27. November 1936 durchsuchte die politische Polizei die Forschungsstelle und verhaftete Marie Jahoda und viele ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Neun Monate war Jahoda in der Rossauer Lände eingesperrt. Monatlang

wurde sie intensiv verhört, weil die Polizei davon ausging, mit Jahoda ein Mitglied des Zentralkomitees und des Exekutivkomitees der Revolutionären Sozialisten gefasst zu haben. Bei den Vernehmungen ging es stets darum, die Namen anderer führender Mitglieder der Revolutionären Sozialisten zu erpressen. Jahoda blieb widerständig, gestand nur, was ihr nachgewiesen werden konnte. Dieses Verhalten entsprach der Grundregel konspirativer Arbeit, Tatbestände so weit wie möglich leugnen, nicht aber die Gesinnung, und vor allem: andere nicht belasten.

Im Juli 1937 kam es zum Prozess. Das Gericht befand Jahoda für schuldig, eine staatsfeindliche Organisation unterstützt zu haben. Jahoda wurde nach Verbüßung der gerichtlichen Strafe jedoch nicht freigelassen. Die austrofaschistische Diktatur hatte sich ein System der Mehrfachbestrafung geschaffen, um politische Gegner, die ihr bedrohlich erschienen, nicht nur gerichtlich zu sanktionieren, sondern auch durch polizeiliche Maßnahmen wegsperren zu können. Für Jahoda bedeutete das, unmittelbar nach dem Prozess in Polizeihaft genommen zu werden.

Aber im Grunde wollte das Regime diese Frau loswerden. Die Staatspolizei stellte Jahoda vor die Alternative, entweder weiterhin in Haft zu bleiben oder Österreich von einem Tag auf den anderen zu verlassen. Die Freilassung aus der Haft hatte jedoch einen hohen Preis: Ihr wurde der Reisepass abgenommen, sie musste sich von der Tochter Lotte trennen und als Staatenlose nach England ins Exil gehen.

Andreas Kranebitter und
Meinrad Ziegler ■



Marie Jahoda

Über die „Strafsache Marie Jahoda-Lazarsfeld“ ist nun ein Buch erschienen, das nicht nur Verhaftung, Verhöre und Anklage sowie den Gerichtsprozess dokumentiert, sondern auch auf zeitgeschichtliche und biografische Kontexte eingeht. Es trägt den Titel „Akteneinsicht. Marie Jahoda in Haft“, wurde von Johann Bacher, Waltraud Kannonier-Finster und Meinrad Ziegler herausgegeben und ist 2022 im Studienverlag erschienen.



Marsch auf Rom – Ein Artikel von Claus Michl-Atzmüller

Benito Mussolini war ein Meister der politischen Agitation und erfüllt von imperialen Großmachtträumen. Im Jahre 1912 stieg Mussolini zum Chefredakteur von *Avanti!* auf, die das Zentralorgan des Partito Socialista Italiano (PSI) war. Diese Tätigkeit musste er jedoch auf Grund nationalistischer Positionen aufgeben, woraufhin Mussolini im Jahr 1914 *Popolo d'Italia* gründete, welches das Organ der interventionistischen Sozialisten war.

Benito Mussolini wurde im Ersten Weltkrieg schwer verletzt, doch nach seiner Genesung betrat er schnell wieder die politische Bühne. So gründete er am 23. März 1919 in Mailand die „Faschistischen Kampfbünde“, die auch als Schwarzhemden Berühmtheit erlangten. In dieser Partei organisierten sich ehemalige Frontkämpfer, politisch Heimatlose und zahlreiche Söhne der oberitalienischen Großgrundbesitzer. Diese neue politische Partei war demnach ursprünglich ein Kriegsprodukt und tendierte anfänglich dazu, Einfluss auf die sozialistischen Massen zu nehmen, die Mussolini nach dem Krieg wieder für sich gewinnen wollte. Die Schwarzhemden einte die Sehnsucht nach einem gewaltbereiten, mitunter diffusen und nicht klar definierten Aktionismus. In den Provinz- und Kommunalwahlen traten die Faschisten in Ober- und Mittelitalien nicht nur mit Kandidaten auf, sondern auch mit bewaffneten Sturmtruppen, welche die Menschen auf dem Land und in den Städten einschüchterten. Besonders hart gingen sie gegen die Sozialisten, Kommunisten und die slawische Minderheit vor. Durch den Ausgang der Wahlen fühlten sich die kapitalistischen Klassen und die reaktionären Strömungen ermutigt,

ein Jahr später Neuwahlen zu fordern.

Schon bald erkannte Mussolini, dass er mit den Kampfbünden alleine die Macht in Italien nicht ergreifen kann. Die Angst vor einer (bolschewistischen) Revolution saß den politischen Machthabern Italiens zu tief. Mussolini entwickelte einen neuen Plan und verwandelte die faschistische Bewegung in die legale „Partito Nazionale Fascista“ (PNF). Diese neue Partei verfolgte einen militärischen Aktionismus. Sie wurde dem „Duce“ (Führer) bedingungslos unterstellt. Bei den Neuwahlen am 15. Mai 1921 wurde sie offiziell in das Parlament gewählt.

Im Februar 1922 stürzte die Regierung von Ivanoe Bonomi, der die Sozialistische Reformpartei Italiens (PSRI) mitbegründete. Da es Mussolini gelungen war, seine Position zu festigen, nutzte er die Gunst der Stunde. Er ließ den Druck durch erneute Gewaltaktionen der Kampfbünde auf Italiens Straßen steigen. Folglich warf der „Duce“ sämtliche republikanische Vorbehalte über Bord, änderte seine Phraseologie und gab zu verstehen, dass er bereit ist, die Monarchie und den Monarchen zu unterstützen, sofern ihm die königstreuen Kreise keine Steine in den Weg legten. Mussolini erntete in diesen Kreisen vielfach Lob. Die Unterstützung des Faschismus stand nicht mehr im Widerspruch zur Monarchie.

Am 26. Oktober 1922 erklärten einige Faschisten dem letzten Ministerpräsidenten Italiens, Luigi Facta, ihr Misstrauen. Alle Minister erklärten sich bereit, ihre Geschäftsbereiche in die Hände des Präsidenten zu legen. Doch am 27. Oktober 1922 bekundeten die römischen Faschisten im Namen



des Führers ihre Unzufriedenheit mit dieser Übergangslösung. Luigi Facta unterbreitete am Abend des 27. Oktober seinen Rücktritt und des gesamten Kabinetts.

In dieser Nacht auf den 28. Oktober 1922 begann die faschistische Revolte und die Mobilisierung der bewaffneten Sturmtruppen. Die Faschisten versuchten, die Präfekturen Norditaliens zu besetzen. Am 28. Oktober 1922 marschierte Mussolini mit seinen Gefolgsleuten nach Rom. Nunmehr war offensichtlich, dass der Faschismus bereits zu diesem Zeitpunkt zu einer Massenbewegung angeschwollen war. Der König der parlamentarischen Monarchie Italiens, König Vittorio Emanuele III., vereidigte am 31. Oktober 1922 Benito Mussolini zum neuen Ministerpräsidenten. Am 15. November 1922 erschien er vor der Abgeordnetenkammer und vor dem Senat zum Vertrauensvotum. Die überwiegende Mehrheit waren nicht-faschistische Abgeordnete, trotzdem stimmten letztlich nur die Sozialisten gegen ihn.

Mussolinis Doppelstrategie des gewaltbereiten Aktionismus auf der einen Seite und der Machtergrei-

fung durch eine legale Partei war aufgegangen.

Bereits im Jahre 1925 verkündete der „Duce“ seine persönliche Diktatur. Er baute das politische System Italiens bis Ende der 1920er-Jahre Schritt für Schritt zu einem totalitären Staat um. Italiens Totalitarismus war eine Führerdiktatur, die den Personenkult Mussolinis radikal förderte und sich aller propagandistischen Mittel bediente.



Schandmahl an der Wittenberger Marienkirche darf bleiben

Mitte Juni lehnte der Bundesgerichtshof in Karlsruhe die Klage auf Entfernung eines antisemitischen Schmähbildes ab. Das Gericht wies die Klage gegen vorinstanzliche Urteile ab, die die Kirche habe sich mit einer Erklärung ausreichend distanziert. Gerald Netzl war in Wittenberg.

Seit dem Jahr 1290 befindet sich an der Südfassade der (heute protestantischen, ursprünglich katholischen) Wittenberger Stadtkirche in vier Metern Höhe ein zweifelhaftes Relief. Es zeigt eine Sau, an deren Zitzen zwei Menschen saugen, die durch ihre Spitzhüte als Juden erkannt werden. Ein Rabbiner hebt den Schwanz der Sau und blickt ihr in den After. Wie man weiß, gelten Schweine im Judentum als unrein. Dieses Relief trägt den unschönen Namen „Judensau“, die Kirche als solche hat große historische Bedeutung, predigte in ihr doch einst der Reformator Martin Luther.

Inschrift von 1570

Herr Dietrich Düllmann, nach eigenen Angaben 1978 zum Judentum konvertiert, wohnt in Bonn und nicht in Wittenberg. Er verlangte von der Kirche die Entfernung der „Judensau“, da er sich beleidigt fühlte. „Sie verstößt gegen das Grundgesetz, gegen Artikel 1, gegen die Würde des Menschen“, sagt er, wo es heißt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Dietrich Düllmann verweist auf die besondere, aus dem Nationalsozialismus resultierende, historische Verantwortung der Deutschen gegenüber Juden: „Die Geschichte hat es immer und immer wieder bewiesen, dass es bei einer Beleidigung nicht geblieben ist.“ Das beleidigende Relief solle in ein Museum, wo man den Kontext besser erklären und auf die Inschrift an der „Judensau“ Bezug nehmen könne. „Rabini Schem Ha Mphora“ lautet diese – ein hebräischer Verweis auf den unaussprechlichen Namen Gottes bei den Juden. Die Inschrift wurde 1570 in Anlehnung an zwei von



Die inkriminierte Skulptur an der Stadtkirche Wittenberg

Martin Luther 1543 veröffentlichte antijudaistische Schriften angebracht. Luther (1483–1546) wirkte in Wittenberg und hetzte vor allem in seinem Spätwerk gegen Juden.

Kontextualisierung 1988

Bereits 1988, fünfzig Jahre nach dem Novemberpogrom und noch zu DDR-Zeiten, hat die Kirchengemeinde, in Absprache mit der jüdischen Gemeinde, ein Mahnmal zur „Judensau“ gestellt. Dieses befindet sich im Boden. Damit und darin distanziert sie sich vom antisemitischen Inhalt und bezeichnet sie als „Schmähplastik“. Zudem wird auf Judenverfolgungen im 15. und 16. Jahrhundert verwiesen, ebenso auf Luthers antijudaistische Schriften. „Gottes eigentlicher Name / der geschmähte Schem Ha Mphoras / den die Juden vor den Christen / fast unsagbar heilig hiel-

ten / starb in sechs Millionen Juden / unter einem Kreuzeszeichen.“ Das umstrittene Relief sollte nach dem Willen der Kirchengemeinde an der Kirche verbleiben. Dieses schwierige Erbe sei ebenso Dokument der Zeitgeschichte.

Schwieriger Umgang mit Geschichte

In der jüngsten Vergangenheit wurden Denkmäler, Gedenktafeln, Straßennamen und Ähnliches zunehmend kritisch hinterfragt und mancherorts enternt. Mit der Entfernung der „Judensau“ würde zweifellos Geschichte getilgt werden, hier haben die RichterInnen ein (vor-)letztes Wort gesprochen. Laut Wikipedia sind in Europa 48 solcher Darstellungen bekannt, in Mitteleuropa sind sie noch an etwa 30 Orten zu finden. In Österreich zum Glück nicht mehr, im Museum von Wiener Neustadt befindet

sich eine. Es braucht jedenfalls einen kritischen antifaschistischen Blick und einen jeweils individuellen Umgang mit problematischen Denkmälern, Skulpturen etc.

Gerald Netzl ■



75 Jahre Volkshilfe – Eine Buchbesprechung von Heimo Gruber

Kürzlich feierte die Volkshilfe das 75jährige Jubiläum ihres Bestehens. Sie ist mit einem breit gefächerten Aufgabengebiet zu einer der größten sozialen Hilfsorganisationen Österreichs geworden, die auch in der Entwicklungszusammenarbeit und der internationalen humanitären Hilfe aktiv ist.

Alexander Emanuely spürt in seiner umfangreichen Arbeit den historischen Wurzeln der Fürsorgearbeit in der Sozialdemokratie nach und rekonstruiert eine beeindruckende Geschichte von Solidarität und tatkräftigem Einsatz im Kampf gegen Armut, aber ebenso gegen die Auswirkungen politischer Verfolgung. Das Ethos, das diesem Engagement zugrunde lag, bleibt bis heute beispielgebend.

Die Habsburgermonarchie war ein Hort sozialer Ungerechtigkeit. Die Linderung des Massenelends blieb privaten Organisationen überlassen. Erst mit der Gründung der Ersten Republik wurden die Grundlagen staatlicher Sozialpolitik gelegt. Die als Folge des Ersten Weltkriegs drohende Hungerkatastrophe konnte nur durch ausländische Hilfslieferungen abgewendet werden und Sozialminister Ferdinand Hanusch setzte bahnbrechende Sozialgesetze durch. Als Rückgrat und Ergänzung des öffentlichen Wohlfahrtswesens wurde 1921 die „Societas“ gegründet, in der alle sozialdemokratischen Fürsorgevereine zusammengefasst wurden. Marie Bock, Amalie Pölzer, Amalie Seidel und Leopoldine Glöckel waren die Pionierinnen dieser Organisation und auch die Mehrzahl der freiwilligen MitarbeiterInnen waren Frauen. Im Roten Wien arbeitete die „Societas“ eng mit den kommunalen Einrichtungen zusammen. Zur nackten Überlebenssicherung konnte mit der Übergabe von Naturalien, Geld- und Kleiderspenden ausgeholfen werden. Für Kinder und Mütter wurden Erholungsurlaube organisiert und 1930 eine Fürsorgeschule ins Leben gerufen. Nach der Zerschlagung der Arbeiterbewegung ist während des Austrofaschismus die „Societas“ mit demselben Namen, aber unter der Führung regimetreuer Personen weitergeführt worden. Als illegale Unterstützungorganisation wurde die Sozialistische Arbeiterhilfe (SAH) ins Leben gerufen und ihre Tätigkeit kam jenen Familien zugute, deren Existenz durch politische Unterdrückung bedroht war. Abermals standen Frauen - Wilhelmine Moik, Rudolfine Muhr, Frieda Nödl - im Zentrum dieses Netzwerkes, das sich



Alexander Emanuely:
Aus Widerstand und Solidarität. Vorgeschichte und Gründung der Volkshilfe, echomedia, Wien 2022, ISBN 978-3-903989-33-7, 365 Seiten, € 24,90

auch auf internationale Solidarität (Quäker, Liga für Menschenrechte, Gruppen der britischen Labour Party) stützen konnte. Die Machtübernahme der Nationalsozialisten bewirkte nicht nur die Zerschlagung aller noch bestehenden Strukturen, sondern die brutale Verfolgung vieler AktivistInnen, die verhaftet oder ins Exil getrieben worden sind. Namhafte UnterstützerInnen der „Societas“ fielen der Shoa zum Opfer. Nach der Befreiung 1945 waren es exilierte SozialdemokratInnen, die weltweit Hilfslieferungen für Österreich organisierten und dabei bedacht waren, dass Nazis davon keinen Nutzen ziehen konnten. Hierzulande war es vor allem Josef „Beppo“ Afritsch, der mit unermüdlichem Einsatz diese Aktionen koordinierte. Es war auch Afritsch, der die Gründung der Volkshilfe 1947 mitinitiierte und die Funktion des ersten geschäftsführenden Präsidenten (Gründungspräsidentin war Luise Renner) übernahm. Seither kann die Volkshilfe eine stolze Bilanz ihrer Arbeit ziehen. Geschäftsführer Erich Fenninger umreißt in seinem Buchbeitrag die Grundwerte der Volkshilfe mit gesellschaftspolischem Bezug: Antrieb für das Engagement gegen Armut, für Menschenrechte, für menschenwürdige Pflege und Betreuung und für den Kampf für freie, selbstbestimmte Arbeit muss die Kritik an Verhältnissen sein, die ein gutes Leben für alle verhindern.

Heimo Gruber ■

Essays zur KZ-Literatur

„Bei einer eingehenden Lektüre der überaus umfangreichen KZ-Literatur (während manches seit langem vergriffen ist, wird vieles neu aufgelegt) findet man einerseits viele Parallelen, aber auch Divergierendes. Oftmals findet man Ergänzendes, wo an anderer Stelle vielleicht Fragen offengeblieben sind.“

Das beginnt schon beim Ansatz der Autorin oder des Autors: Für manche war es entscheidend, gleich nach der Befreiung so rasch wie möglich das Erlebte schriftlich festzuhalten, andere warteten Jahrzehnte, bis sie sich aufrafften, die Erinnerungen - vielleicht auch nur für die Kinder oder Enkel - niederzuschreiben. Dabei tauchen auch immer wieder nationale Abgrenzungen unter den KZ-Häftlingen auf, die Religion beziehungsweise der Glaube an Gott bekommt unterschiedliche Bedeutung, ebenso die Musik und andere Bereiche des Lebens im Konzentrationslager, aber auch das Erleben der Befreiung und die mitunter schwierige Rückkehr ins „Leben“. Hier Verbindendes darzulegen, darum geht es in den Essays, zugleich aber auch darum, das Augenmerk auf die Reichhaltigkeit der KZ-Literatur zu lenken.“ (Verlagstext)



Helmut Rizy:
Überleben – um Zeugnis abzulegen, Wieser, Klagenfurt 2021,

ISBN 978-3-99029-479-6, 517 Seiten, € 21,00

Helmut Rizy legt ein großartiges Werk vor. Aus gut 200 Büchern (Romane, Tagebücher etc. aber KEINE wissenschaftliche Literatur) hat er Passagen entnommen und mit großem Wissen, Geschick und Einfühlbarkeit zusammengestellt. Alle Auszüge weisen Fußnoten auf, man wird förmlich gedrängt, sich einzelne der zitierten Bücher, die einen besonders interessieren könnten, auch zu besorgen. Unter den vielen AutorInnen aus halb Europa (Hans Beimler, Marguerite Duras, Ivan Ivanji, Imre Kertész, Primo Levi, Boris Pahor, Jorge Semprún uvm.) befinden sich etwa zwölf aus Österreich (Jean Améry, Erwin Gostner, Rudolf Kalmar, Ruth Klüger, Eugen Kogon, Hermann Langbein, Ella Lingens u. a.). Wichtig: Es ist KEINE fiktionale Literatur wie z. B. „Das siebte Kreuz“ von Anna Seghers oder „Der Funke Leben“ von Erich Maria Remarque, die Rizy bringt. Alle Texte basieren auf Erfahrungen und Erlebnissen der AutorInnen. Was dem Buch leider fehlt ist eine erklärende Einleitung und Untertitel zu den vierzehn Kapiteln, das schmälert jedoch nicht seinen Wert und seine Bedeutung. Ich wünsche dem Buch viele LeserInnen (Anm.: Bereits im „Kämpfer“ 4/2019 haben wir den Artikel „Frühe Zeugen“ von Helmut Rizy gebracht!)

Gerald Netzl ■



Blau-Gelbe Gedenkkultur.

Der First Vienna FC im Nationalsozialismus

Wenn der Begriff „Volkssport“ auf etwas zutrifft, dann ist es wohl Fußball. Fußball ist nicht nur ein sportliches Spektakel am Wochenende, Fußball ist viel mehr. Nirgendwo sonst liegen Freude und Tränen nur den Bruchteil einer Sekunde auseinander. Fußballplätze sind eine gesellschaftliche Melange, in der soziale Unterschiede verschwinden. Aufgrund von Beliebtheit und Faszination in der Bevölkerung war er aber auch seit jeher Spielball der Mächtigen. Politik und Wirtschaft versuchen auch heute noch Einfluss auf den Fußballsport zu nehmen.

Innerhalb der letzten Jahre haben sich immer mehr Vereine ihrer Geschichte während des Nationalsozialismus gewidmet. Bücher wie „Grün-Weiß unterm Hakenkreuz. Der Sportklub Rapid im Nationalsozialismus“ oder auch „Ein Fußballverein aus Wien: Der FK Austria im Nationalsozialismus 1938-1945“ sind lesenswerte Dokumentationen der österreichischen Sportgeschichte. Auch die Aufarbeitung des NS-Regimes in Vereinsmuseen, die Verlegung von Stolpersteinen und Gedenktafeln für vertriebene und ermordete Funktionäre und Spieler sorgen dafür, dass deren Schicksale ins öffentliche Bewusstsein und nicht in Vergessenheit geraten. Aber auch aktive Fanszenen treten hier mit Choreographien und Aktionen in den Vordergrund. Internationale Beachtung fand beispielsweise eine Choreographie der Schickeria München 2014, die dem verfolgten jüdischen Präsidenten Kurt Landauer gewidmet war. Diese Aktion war der Ansporn, um in Döbling, dem noblen 19. Wiener Gemeindebezirk, im Gedenkjahr 2018 ein starkes Zeichen gegen das Vergessen zu setzen. Engagierte Fans des First Vienna FC 1894 gedachten der Opfer des Nationalsozialismus mit einer aufwändigen Choreographie und

einem beeindruckenden Buchlein, das den Titel „Vertrieben und ermordet. Jüdische Mitglieder des First Vienna Football Club 1894“ trägt. Alexander Juraske - Vienna-Fan, Historiker, ehrenamtlicher Kurator des Vereinsmuseums und Mitherausgeber von „Vertrieben und ermordet“ - meint dazu: „Die Vienna ist ein Verein mit einer großen jüdischen Geschichte, aber sie hatte ihre erfolgreichsten Jahre während der nationalsozialistischen Terrorherrschaft. Ich habe mich gefragt: Wie geht das zusammen? Was ist da genau passiert? Andere jüdisch geprägte Vereine wie die Hakoah oder die Austria sind mehr im gesellschaftlichen Bewusstsein präsent. Bei der Vienna stand immer nur ein Halbsatz, wenn es um die NS-Zeit ging. Es ist an der Zeit, das zu ändern.“ Die Vienna ist dabei nicht nur aus zeithistorischer Perspektive besonders interessant (dazu später noch mehr). Liegt die Wiege des österreichischen Fußballsports doch in Döbling, in den Gartenanlagen des jüdischen Barons, Kunstsammlers und Philanthropen Nathaniel Rothschild auf der Hohen Warte. Fußballbegeisterte englische Gärtner und der von einem Engländer zurückgekehrte Sohn des Garteninspektors - Franz Joli - fanden schnell

Mitstreiter und veranstalteten in den Gärten des Barons ein erstes Match. Nathaniel Rothschild überließ ihnen darauf mit der Kuglerwiese ein eigenes Spiel- und Trainingsgelände. Zum Dank wurden mit den Vereinsfarben Blau und Gelb jene des Hauses Rothschilds gewählt. Am 22. August 1894 wurde mit dem First Vienna Football Club der erste offizielle Fußballverein Österreichs gegründet. Die Vienna verfügt heute trotz jahrelanger sportlicher Erfolglosigkeit über eine loyale Fanszene, die zwar heterogen ist, aber mehrheitlich dem politischen linken Spektrum zuzurechnen ist. Seit den späten 1980ern ist die Hohe Warte ein Anlaufpunkt für Fans, die sich dem positiven Support - also dem Verzicht auf Erniedrigung des Gegners, Rassismus, Sexismus und Homophobie - verschrieben haben. Es handelt sich also um einen sportlichen Boden, der wichtige Publikationen wie „Vertrieben und ermordet“ begünstigt.

Die Vienna ist ein Verein, der nicht nur wegen Nathaniel Rothschild jüdisch geprägt war. Im Buch wird ausführlich auf die jüdische Tradition des Vereins eingegangen und aufgeschlüsselt, warum es dazu kam. Von 1894 bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten

1938 waren nicht weniger als ein Drittel der Funktionäre jüdischer Herkunft. Besonders deutlich wird dies in den Spitzenfunktionen, denn bis 1938 bekleideten nur zweimal Personen ohne jüdischen Hintergrund die Position des Vereinspräsidenten bzw. Obmanns. Historisch betrachtet war der Fußball in seinen Anfangsjahren der Sport des gehobenen Bürgertums. Döbling war für eine jüdische Beteiligung am Fußballsport besonders prädestiniert. Durch den Zuzug (groß-)bürgerlicher jüdischer Familien fanden diese im Fußball ein Betätigungsfeld, in dem sie dem aufkommenden Antisemitismus entgingen und nicht ausgegrenzt wurden. Die Autor*innen von „Vertrieben und ermordet“ stellen einzelne Schicksale der Funktionäre und Spieler dar, die dem nationalsozialistischen Terrorregime zum Opfer fielen und beleuchten sie detailgenau. Stellvertretend für alle jene Mitglieder der Vienna, denen die Flucht nicht gelingen konnte, möchte ich hier den ehemaligen österreichischen Nationalteamspieler Oskar „Schropp“ Grassgrün nennen, der von der Vienna zum jüdischen Klub Hakoah wechselte. Er wurde im Herbst 1944 in Auschwitz-Birkenau ermordet. Einer, dem die Flucht gelingen

sollte, ist die kürzlich leider verstorbene Fußballlegende Hans Menasse, der 1950-1957 für die Vienna spielte. Gemeinsam mit seinem Bruder Kurt entkam er 1938 dem NS-Regime durch einen Kindertransport nach Großbritannien. Im Büchlein findet sich ein gekürztes Interview mit Menasse, in dem er seine Flucht, die Zeit bei Pflegefamilien, aber auch den Beginn seiner Fußballkarriere als junger Bub in Großbritannien beschreibt. Besonders ergreifend ist die Passage, in welcher Menasse von der Arisierung seiner elterlichen Wohnung erzählt. Zugesprochen bekam sie Karl Rainer, ein ehemaliger Spieler der Vienna, der im Wunderteam Karriere machte und ein Ledergeschäft im Nebenhaus führte. Alexander Juraske meint dazu: „Das Interview mit Hans Menasse war für mich besonders berührend. Durch ein Gespräch mit Zeitzeugen bekommt man natürlich einen ganz anderen, tiefen Einblick in das Schicksal des Menschen, der einem gegenüber übersitzt.“ In „Vertrieben und ermordet“ hat Fußballromantik keinen Platz. Die Autor*innen setzen sich kritisch mit den politisch dunkelsten Jahren ihres Vereins auseinander. Diese waren auch gleichzeitig die erfolgreichsten. Der ÖFB wurde aufgelöst und die Vereine spielten fortan in der Gauliga Ostmark. Die Sieger qualifizierten sich für die Endrunde der deutschen Meisterschaft. Anstatt um den österreichischen Cup wurde nun um den Tschammer-Pokal gespielt (benannt nach dem Reichssportführer). Von 1938-1945 konnte die Vienna neben drei Gaumeisterschaften (1942, 1943, 1944) 1943 auch den Tschammer-Pokal gewinnen. 1942 unterlag man in Berlin im Finale um die deutsche Meisterschaft Schalke 04 mit 0:2. Alexander Juraske regt in seinem Beitrag vollkommen zu Recht dazu an, die Titel aus

dieser dunklen Vereinsperiode kontextbezogen zu betrachten. Dabei ist - genauso wie bei den Meistertiteln von Rapid (Gau- und Deutscher Meister 1941) und der Admira (Gau-meister 1939) während des NS-Regimes - zu diskutieren, ob und wie diese „Gaumeistertitel“ auch heute als österreichische Meisterschaft gewertet werden können.



Empfehlenswert ist das 24-seitige „Vertrieben und ermordet“ nicht nur wegen der hervorragenden historischen Aufarbeitung rund um den Fußball jener Zeit. Dem ehemaligen Israelitischen Blindeninstitut wird ein eigenes Kapitel gewidmet. Dieses stand mit der Adresse Hohe Warte 32 in unmittelbarer Nähe des Stadions und war nach seiner Gründung 1872-1935/36 die einzige Ausbildungsanstalt für blinde und sehbehinderte Jüd*innen weltweit. Durch das angeschlossene Internat besaß es auch einen internationalen Charakter. Der März 1938 sollte zum Ende des Israelitischen Blindeninstituts werden. Es wurde in ein Wohnheim für alte und behinderte jüdische Menschen umfunktioniert. Bis Juli 1942 wurden rund 230 Personen aus dem ehemaligen Blindeninstitut deportiert. Heute befindet sich in dem Gebäude die Polizeidirektion Döbling. Gedenktafeln erinnern an die Opfer.

Franz Mock ■

MEHR LICHT FÜR ALLE!

– Eine Buchbesprechung von Heinz Weiss –

Vielleicht ist der Begriff „Freie Schule – Kinderfreunde“ noch manchen LeserInnen ein Begriff? Aber wie es zu diesem Doppelnamen kam, ist heute vielfach unbekannt. Da kann ein neues Buch aushelfen und man erfährt vieles aus der Geschichte der Wiener Kinderfreunde.

Der Verein „Freie Schule“ wurde 1905 als unpolitische Initiative mit dem Ziel gegründet, das rückständige österreichische Bildungssystem grundlegend zu reformieren und den übergroßen Einfluss der katholischen Kirche im Schulwesen zurückzudrängen. 1908 zählte der Verein bereits beachtliche 20.000 Mitglieder.

Im September 1910 wurde - getreu dem Motto „Mehr Licht in die Köpfe, in die Schulstuben“ - in der Albertgasse 23 in der Josefstadt eine lichtdurchflutete moderne Schule durch den Verein „Freie Schule“ errichtet. Bei der Eröffnung sprach der populäre sozialdemokratische Arbeiterführer Franz Schuhmeier vom ersten Stock des Gebäudes zu den hunderten Gästen. Zu den SchülerInnen zählten u. a. der später bekannte Philosoph Sir Karl Popper und Dr. Paul Schärf.

Prominente sozialdemokratische Persönlichkeiten wie Karl Seitz, Otto Glöckel, Paul Speiser und Ludo Hartmann waren Aktivisten der „Freien Schule“. Präsident war lange Zeit der Liberale Dr. Paul (von) Hock. Als Schuldirektor fungierte Josef Enslein, der nach 1945 einige Monate Unterstaatssekretär im Staatsamt für Volksaufklärung, Unterricht, Erziehung und Kultusangelegenheiten in der provisorischen Staatsregierung Renner war, wo er die Reorganisation des Pflichtschulwesens einleitete. Nach dem Ausscheiden der liberalen Mitglieder nach dem Ersten Weltkrieg verblieben überwiegend Sozialdemokraten im Verein „Freie Schule“, der dann als offizieller Schulverein der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei agierte.

Entschlossen kämpften die Aktivisten der „Freien Schule“ für eine umfassende Schulreform, für eine organisierte Elternbewegung, für die Einführung der Einheitsschule bei gleichzeitiger Begabtenförderung, sowie für die längst überfällige Entrümpelung und Modernisierung der Lehrpläne. Manche dieser

Forderungen besitzen auch heute noch Aktualität.

Der Vereinsobmann Otto Glöckel fungierte von 1918 bis 1920 in der ersten Nachkriegsregierung als Unterstaatssekretär für Unterricht. Nach 1919 trieb er als Amtsführender Präsident des Wiener Stadtschulrates die Schulreform im „Roten Wien“, die richtungweisend für den gesamten europäischen Raum wurde, energisch voran und konnte trotz widrigster wirtschaftlicher Verhältnisse und starker Widerstände von Seiten der Christlichsozialen Partei und der katholischen Kirche einen beträchtlichen Teil seiner Ideen verwirklichen.

1923 vereinigte sich der Verein „Freie Schule“ mit dem „Arbeiterverein Kinderfreunde“ zur „Freien Schule - Kinderfreunde“ zu einer schlagkräftigen Organisation. Zum Vorsitzenden wurde der Wiener Vizebürgermeister Max Winter gewählt. Paul Speiser hatte sich als erfolgreicher Organisator profiliert und setzte seine Arbeit als Wiener Stadtrat und Vizebürgermeister fort, gleichzeitig war er auch der Wiener Vorsitzende der Kinderfreunde.



Heinz Weiss:
Mehr Licht für Alle:
Freie Schule – die angesagte Option, echomedia, Wien 2021, ISBN 9783903989238, 200 Seiten, € 22,90



MAN MUSS DARÜBER REDEN

Eine Buchbesprechung von Franz Richard Reiter

Die im Vorjahr verstorbene Monika Horsky hat sich von Jugend an für Gleichberechtigung, Toleranz und Fairness eingesetzt. Sie stellte schon in den 1980ern fest, dass viele österreichische Jugendliche über den Nationalsozialismus nichts, wenig oder Falsches wussten. Um dem Abhilfe zu schaffen, begleitete sie ehemalige KZ-Häftlinge, die von Schulen eingeladen wurden. Sie dokumentierte mit Tonbandaufnahmen rund 100 dieser sogenannten „ZeitzeugInnen“-Gespräche, die in der Regel für zwei Unterrichtsstunden angesetzt waren. Manchmal ließen die Jugendlichen ihre ZeitzeugInnen sechs Stunden lang nicht weggehen. Das Prozedere war immer dasselbe: die ZeitzeugInnen hielten einen sehr kurzen Vortrag und standen anschließend den SchülerInnen Rede und Antwort. Monika Horsky schrieb die

Gespräche ab und stellte Dokumentationen zusammen. Die ZeitzeugInnen waren in unterschiedlicher Verfassung, formulierten einmal sehr klar, ein anderes Mal weniger klar, die Fragen der SchülerInnen wiederholten sich häufig. Deshalb nahm Monika Horsky aus den vielen Gesprächen die besten Formulierungen und fügte sie zu einem Ganzen. Die dokumentierten Worte blieben völlig authentisch. Horsky legte sie den ehemaligen KZ-Häftlingen vor und diese approbierten sie.

Daraus schuf Horsky 1988 ihr Buch, das noch immer lieferbar ist. Das Buch hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen, weil fast alle ZeitzeugInnen nicht mehr am Leben sind: Hermann Langbein, Fritz Kleinmann, Ella Lings, Ferdinand Berger, Anni und Heinrich Sussmann sowie Hilde Zimmermann.

MONIKA HORSKY (Hg.)

**Man muß
darüber reden**
Schüler fragen KZ-Häftlinge



Dokumente · Berichte · Analysen
Herausgegeben von Franz Richard Reiter
EPHELANT

Monika Horsky:
Man muß darüber reden

Ephelant;
Wien 1988,
ISBN 978-3-9007-6601-6,
216 Seiten
€ 22

Verlag Ephelant

WIENER STRASSENAMEN

Straßennamen sind in erster Linie Orientierungshilfen in der Großstadt, vermitteln aber auch Geschichte. Der Symbolhaushalt von Straßennamen offenbart sich insbesondere in der Debatte um umstrittene und kritische Straßennamen.

Das eben in 12. Auflage erschienene Standardwerk „Lexikon der Wiener Straßennamen. Bedeutung. Herkunft. Frühere Bezeichnungen“ von Peter Autengruber trägt beiden Aspekten Rechnung. Im Vorspann des Buches findet sich ein ausführliches Kapitel zu den Benennungskriterien, zu Umbenennungen von Verkehrsflächen und zu umstrittenen Straßennamen. Eine ausführliche Statistik führt auch die Anzahl der Opfer des Austrofaschismus (11) und des Nationalsozialismus an: 78 Namen erinnern an sie. Seit der letzten Auflage des Buches sind der Geschwister-Spitzer-Weg in Meidling, der Bildungscampus Aron Menczer und die Ilse-Pisk-Stiege (beide Floridsdorf) hinzugekommen. Adelina Spitzer (1868-1942), Ida Hager (1875-1942) und Franziska Spitzer (1878-1942) hatten gemeinsam mit ihrem Bruder David Spitzer die Margaretener Lichtspiele (vormals Hundstürmer Kino) betrieben. Die Geschwister wurden am 6. Juni 1942 von der Gestapo verschleppt und ermordet; nur David überlebte. Der Erzieher Aron Menczer (1917-1943) war Leiter der Jugenda-

lijah-Schule, die tausende jüdische Kinder in Sicherheit brachte. Er wurde 1942 nach Theresienstadt deportiert und 1943 in Auschwitz-Birkenau ermordet. Die Fotografin Ilse Pisk (1892-1942) wurde nach Izbica deportiert und kam dort um.

Das Buch erinnert aber auch an WiderstandskämpferInnen, wie z.B. an die sozialdemokratische Gemeinderätin Philomena Haas (Philomena-Haas-Gasse), Mutter des hingetrichterten Hauptschullehrers und Widerstandskämpfers Otto Haas (1906-1944), nach dem der Otto-Haas-Hof benannt ist. Oder an die Literaturwissenschaftlerin Ruth Krüger (Ruth-Krüger-Platz), die als Kind ins KZ kam. Oder an den Juristen, Widerstandskämpfer, Gewerkschafter und Minister Josef Staribacher (Staribacherstraße). Alles Benennungen aus der jüngsten Vergangenheit.

Kern des Buches ist eine Auflistung aller Straßennamen und eine Erklärung, seit wann und warum eine Verkehrsfläche so heißt und wie sie allfällig früher einmal geheißen hat. Ein unentbehrliches Nachschlagewerk.



Peter Autengruber:
**Lexikon der
Wiener Straßennamen,**

Wundergarten,
Wien 2022,
352 Seiten,
ISBN 978-3-903070-17-2,
€ 24,90





Die Penzinger Genossinnen und Genossen

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Ingrid Antes, Lilli Bauer, Werner T. Bauer, Klaus Bergmaier, Alexander Emanuely, Heinz Fischer, Robert Fischer, Matteo Gebhart, Franz Gehringer, Martin Gressl, Heimo Gruber, Kira Höfenstock, Vinzenz Jobst, Andreas Kranebitter, Claus Michl-Atzmüller, Franz Mock, Gerald Netzl, Franz Richard Reiter, Pamela Rendi-Wagner, Gabi Tremmel-Yakali, Heinz Weiss, Meinrad Ziegler

Grafische Gestaltung: Wien Work – Digital Media

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 2. September 2022

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 25. November 2022

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at.

Fotos: Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion FreiheitskämpferInnen

Hersteller: Wien Work - Digital Media, 1220 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. Die im „Kämpfer“ veröffentlichten Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Bundesvorstandes wieder.

Zlnr.: GZ 02Z033355M

◀ Zu Besuch in Penzing

Kaum war die Bundeskonferenz bestritten, begann schon wieder der politische Alltag. Bezirksvorsitzender Robert Grundorath lud Gerald Netzl am 10. Mai ein, einen PowerPoint-Vortrag über unseren Bund zu halten. Das Interesse war groß, es war ein sehr freundschaftlicher Abend.

Gerald Netzl ■

Mit - Freude - singen



Der Projektchor der Wiener Arbeitersänger

Die Wiener Arbeitersänger sind die Landesorganisation Wien des Österreichischen Arbeitersängerbundes. In Wien singen mehrere Vereine (Arbeitersängerbund Döbling und Favoriten, Chorvereinigung Nordbahnhof, Chor des Pensionistenverbands, Frauenchor Floridsdorf, Vokalensemble Hietzingers) und auch der Projektchor der Landesorganisation.

Wir sind offen für Jede/n und freuen uns über das Interesse am gemeinsamen Singen. Herkunft, Alter und Ähnliches spielen keine Rolle. In den Chören der Wiener Arbeitersänger werden unterschiedliche Programme gepflegt. Ob ein schlichtes Lied oder mitreißendes Spiritual, ob deutsch oder international, A cappella oder mit Klavierbegleitung, ob Musik der Renaissance oder ein Musical-Song – bei uns finden (fast) alle Lieder ihren Platz und werden ins Programm eingebaut. Der Projektchor befasst sich überwiegend mit Arbeiterliedern und zeitkritischer Literatur.

Wir haben Spaß am gemeinsamen Singen. Springt dieser Funke zum Publikum über, ist unser Ziel erreicht.

Aktiv zu singen heißt, nicht nur passiv im kulturellen Supermarkt einzukaufen und zu konsumieren, sondern selbst zum kulturellen Angebot beizutragen.

Wir freuen uns über Neuzugänge. Auch „Neulinge“ im Chorgesang sind herzlich willkommen. Wir lernen alles Notwendige in den Chorproben. Rufen Sie an oder schreiben sie eine E-Mail.

Details zu den Chören finden Sie im Internet: www.arbeitersaenger.info/

Kontakt: Robert Fischer, Landesvorsitzender, 0664 351 32 81, chor@arbeitersaenger.info

Österreichische Post AG
MZ GZ02Z033355M